



Protokoll

der 51. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 22. Januar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Brigitte Gysin (Mitte/EVP), Johannes Sieber (GLP), Olivier Battaglia (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

39.	Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Berücksichtigung Kostenmiete bei Berechnung der Mehrwertabgabe, Schreiben des RR	3
40.	Anzug Pascal Messerli und Joël Thüring betreffend "Sicherer Badespass im Rhein - dank besseren Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten", Schreiben des RR	3
41.	Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Nachtrag Klima" zum Gestaltungskonzept Innenstadt, Bericht des RR.....	3
42.	Anzug Beat K. Schaller und Konsorten gegen das Wildparken von E-Trottinette, Schreiben des RR	3
43.	Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Umnutzung von Strassenflächen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel und der Lebensqualität, Schreiben des RR	4
44.	Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend bessere Veloverbindungen vom und ins Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR.....	4
45.	Anzug Jean-Luc Perret betreffend schnellen und sicheren Veloverkehr im Basler Westen durch Unter- oder Überführung der stark verkehrsbelasteten Ringstrassen, Schreiben des RR	6
46.	Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwarteallen erhalten statt verschrotten, Schreiben des RR.....	8
47.	Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR	10
48.	Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams, Stellungnahme des RR	13
49.	Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Konzept und Signalisation für den Veloverkehr in den Langen Erlen, Schreiben des RR	15
50.	Anzug Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen, Schreiben des RR	15
51.	Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Meldepflicht für den Einbau von Dachfenster als Teil der Solar- und PV-Anlage, Schreiben des RR	17
52.	Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage, Schreiben des RR	18
53.	Anzug Alex Ebi und Konsorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen, Schreiben des RR.....	18
54.	Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel", Schreiben des RR	21
55.	Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm, Schreiben des RR	22
57.	Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus, Schreiben des RR.....	22
58.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Zwischenbericht des RR	23



59.	Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Unterzeichnung der Lohngleichheitscharta aller Betriebe mit kantonaler Beteiligung, Schreiben des RR	26
60.	Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund, Schreiben des RR	27
61.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Netto-Null-Konzept für die Verwaltung, Schreiben des RR	28
62.	Anzug Raffaella Hanauer betreffend Schlüsse ziehen aus der Coronakrise für die Klimakrise, Schreiben des RR	28
63.	Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan, Stellungnahme des RR	28
64.	Anzug Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Anerkennung, Entschädigung und gerechtere Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit, Schreiben des RR	31
65.	Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur, Schreiben des RR	32
66.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II, Schreiben des RR.....	32
67.	Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23, Schreiben des RR.....	33
68.	Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen, Schreiben des RR.....	34



Beginn der 51. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2025, 15:00 Uhr

39. Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Berücksichtigung Kostenmiete bei Berechnung der Mehrwertabgabe, Schreiben des RR

[22.01.25 15:00:23, 22.5334.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

40. Anzug Pascal Messerli und Joël Thüring betreffend "Sicherer Badespass im Rhein - dank besseren Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten", Schreiben des RR

[22.01.25 15:01:05, 22.5352.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

41. Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Nachtrag Klima" zum Gestaltungskonzept Innenstadt, Bericht des RR

[22.01.25 15:01:33, 22.5177.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

42. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten gegen das Wildparken von E-Trottinette, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:06, 22.5513.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

43. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Umnutzung von Strassenflächen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel und der Lebensqualität, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:31, 20.5234.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

44. Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend bessere Veloverbindungen vom und ins Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:59, 20.5341.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Gibt es hier Anträge? Das ist der Fall, das Wort geht an Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Dem Schreiben der Regierung hat die GAB-Fraktion entnommen, dass an diversen Stellen bereits Verbesserungen gemacht wurden oder geplant sind. Das ist natürlich sehr erfreulich, denn für die Bevölkerung nördlich der Bahnlinie ist es unabdingbar, dass die Verbindungen sicher gestaltet sind, um mit dem Velo sicher in die Stadt und zurück auf die andere Seite der Bahnlinie zu gelangen.

Dem Schreiben ist jedoch auch zu entnehmen, dass einige Verbesserungen noch in Planung sind und erst in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten umgesetzt werden können. Aufgrund der Bedeutung dieser Stellen und der Wichtigkeit von sicheren Verbindungen durch diese Nadelöhre hindurch möchten wir diesen Anzug daher stehen lassen und beantragen dies. Zusätzlich gäbe es in unseren Augen auch weiterhin mehr Potenzial für Sofortmassnahmen, beispielsweise durch Tempo 30, Neuzuteilung des Strassenraums oder indem verstärkt mit dem ASTRA oder mit Deutschland auch Kontakt aufgenommen wird und dort Verbesserungen eingefordert werden.

Das GAB erachtet es unter der Berücksichtigung der Bedeutung dieser Querungsstellen für Velofahrende aus dem Hirzbrunnen und aus Riehen und auch aus dem angrenzenden Ausland für angemessen, hier wirklich mit Nachdruck und konsequent Besserungen zu planen. Wir hoffen, dass Sie uns folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Raffaella Hanauer hat einen wichtigen Punkt bereits genannt, nämlich die Tatsache, dass viele der angesprochenen oder zum Teil auch nur angedachten Projekte noch nicht irgendwie im Umsetzungsstadium sind und dass man hier zum Teil auch davon noch relativ weit entfernt ist, dass es auch eine langfristig wichtige Aufgabe ist, da die Veloverkehrsverbindung zu verbessern an diesen Durchgangsstellen, wo man quasi über das Bahngleis und die Autobahn



gelangt. Ich denke, das ist eine wichtige Aufgabe im Zusammenhang mit der Attraktivitätssteigerung für den Veloverkehr mit der Erhöhung der Verkehrssicherheit im Interesse aller Verkehrsteilnehmenden und von dort her denken wir, es ist wichtig, dass man den Anzug stehen lässt, auch weil wir an einigen Stellen auch noch etwas zu unverbundlich sind. Ich denke, dass gerade auch das grosse Wachstum des Veloverkehrs über die letzten zehn Jahre rechtfertigen würde, dass man für infrastrukturelle Verbesserungen gewisses Geld in die Hand nimmt. Das ist definitiv auch im Interesse anderer Verkehrsteilnehmenden, wenn man da vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle eine Entflechtung erreichen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Das Velo ist mehr als nur ein Fortbewegungsmittel, das ist richtig. Es ist ein Symbol für umweltfreundliche, gesunde, zukunftsorientierte Mobilität. In einer Zeit, in der Klimaschutz, Lebensqualität und effiziente Verkehrslösungen immer drängender werden, muss auch das Velonetz zum Hirzbrunnenquartier verbessert werden. Viele Eltern wünschen sich auch sichere und direkte Velowege für ihre Kinder, insbesondere auf den Schulwegen. Fehlende Sicherheit führt dazu, dass Kinder oft im Auto zur Schule gebracht werden, ein Teufelskreis, der den Verkehr weiter belastet. Mehr Veloverkehr bedeutet weniger Lärm, weniger Stau und mehr Bewegungsfreiheit, kurzum, eine höhere Lebensqualität für alle.

Das Hirzbrunnenquartier, eingebettet zwischen Grünflächen und Wohngebieten, bietet grosses Potenzial für nachhaltige Mobilität. Doch die Realität zeigt, die Veloverbindung von und ins Quartier lassen zu wünschen übrig. Schmale Wege, unzureichende Beschilderungen und fehlende sichere Übergänge erschweren vielen Menschen den Umstieg auf das Velo, sei es auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten. So weit, so gut.

Nun, der Regierungsrat hat in seinem ausführlichen Bericht aufgezeigt, es wurde schon viel getan und es wird viel getan. Alles Mögliche zu genau den geforderten Massnahmen, vor allem in den Verbindungsachsen Bäumlihofstrasse, Wettsteinallee sowie in der Riehenstrasse und Maulbeerstrasse. Wenn die Mitglieder der Parteien, die Regierungsräte haben, zu denen kein Vertrauen haben oder besitzen, dann tun mir Ihre Regierungsräte tatsächlich ein bisschen leid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Tatsächlich ist einiges passiert, auch auf diesen Routen, das wird beschrieben in unserer Berichterstattung. Einiges ist im Moment am Tun und einiges, und das ist auch der Grund, weshalb es aus Sicht der Regierung wenig Sinn macht, den Anzug stehen zu lassen, einiges dauert einfach noch sehr lange. Wir reden hier beispielsweise bei einem Bahnübergang vom Jahr 2031, wo wir dann bauliche Massnahmen ergreifen können. Das ist einfach auch dem geschuldet, dass das eine massive Infrastrukturbauwerke dort ist, die man nicht mal schnell, schnell anpasst und deshalb ist auch das Stehenlassen etwas schwierig, weil ich wüsste da nicht, was wir in zwei Jahren oder vier Jahren oder sechs Jahren dann wieder berichten sollten. Also ich glaube, wir lassen sehr gerne Anzüge stehen, wenn etwas zeitnah noch erfüllt wird, aber hier, glaube ich, geht es einfach mit der Berichterstattung zu lange. Ich darf Ihnen versichern, dass wir einerseits mit den neuen Standards für den Veloverkehr, die jetzt veröffentlicht sind, aber auch mit dem Veloroutennetz und den vielen Vorstössen auch und Rahmenausgabenbewilligungen, die wir haben, dass wir weiterhin Verbesserungen tätigen und dass es hier das Stehenlassen dieses Anzugs nicht benötigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Raffaella Hanauer beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005724, 22.01.25 15:11:22]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 50 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

45. Anzug Jean-Luc Perret betreffend schnellen und sicheren Veloverkehr im Basler Westen durch Unter- oder Überführung der stark verkehrsbelasteten Ringstrassen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:11:30, 20.5340.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte dazu mit Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Die SP-Fraktion ist sehr enttäuscht über die Anzugsbeantwortung des Regierungsrates. Ich beantrage deshalb im Namen meiner Fraktion hiermit das Stehenlassen dieses Anzugs.

Der Regierungsrat möchte offenbar grundsätzlich keine neuen Kunstbauten für das Velo wie Überführungen oder Unterführungen. Das ist eine legitime Haltung, auch wenn wir diese Haltung in dieser Pauschalität nicht teilen, insbesondere weil wir ja mit der Kreiselunterführung bei der Thomaskirche ein sehr gutes funktionierendes Beispiel bereits in dieser Stadt haben. Enttäuschend ist aber vor allem auch, dass der Regierungsrat keine konkreten Alternativvorschläge macht, um die ja der Anzug explizit auch bittet. Er verweist lediglich einmal mehr auf den neuen Teilrichtplan Velo, der aber auch jetzt noch nicht vorliegt. Aber auch keine Spur von konkreten Lösungen an den genannten Problemkreuzungen. Velofahrerinnen und Velofahrer werden also weiterhin auf dem Weg aus den Quartieren in die Innenstadt bei den Ringstrassen minutenlang vor einer kaum überwindbaren Blechwand stehen, statt schnell und sicher voranzukommen. Das ist sehr schade.

Die SP-Fraktion stimmt deshalb für Stehenlassen und bittet Sie, das Gleiche zu tun.

Herr Präsident Herr Statthalter, geschätzte Frau Regierungsrätin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das war es von meiner Seite. Ich hoffe, es war recht, es war mir eine Ehre und eine Freude. Vielen Dank. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Der Anzug datiert vom 14.09.2020, seither hat sich die Situation stark zu Gunsten der Velofahrenden verändert und kann somit abgeschrieben werden. Wie die Regierung schreibt, soll der Fokus auf der Optimierung der Verkehrsflächen liegen und nicht auf einer komplizierten Verkehrsinfrastruktur mit Unter- und Überführungen. Dies würde zu mehr versiegelten Flächen im Kanton führen, was dem Klima schadet. Der Kreisel bei der Thomaskirche ist entgegen der Aussage im Anzug kein gutes Beispiel. Ich beobachte dort, dass viele Velofahrer*innen den gefährlichen oberirdischen Weg durch den Kreisel nehmen, aus welchen Gründen auch immer. Mit Lösungen, wie grosse Aufstellbereichen für Velos vor Ampeln, Rechtsabbiegen bei Rot und indirektem Linksabbiegen, ist die Regierung bereits jetzt dabei, es den Velofahrenden so einfach und bequem wie möglich zu machen.

Ich bin selber oft mit dem Velo unterwegs und begrüsse diese Massnahmen, hoffe aber, dass die Regierung es nicht übertreibt. Im Verkehr müssen alle Teilnehmer*innen aufeinander Rücksicht nehmen und eine starke Übervorteilung eines der Verkehrsmittel führt zu einem Ungleichgewicht und damit auch zu einer Verschlechterung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen. Gerade im Westen gibt es viele wenig befahrene Nebenstrassen. Als Velofahrer benutze ich diese Nebenstrassen zu meiner eigenen Sicherheit, wo immer möglich, und fahre damit sehr gut. Oft sind das nicht einmal Umwege.

Wenn aber das Velo dazu benutzt wird, den MIV zu verdrängen, kommt es unweigerlich zu Konfliktsituationen und es wird gefährlich, notabene auch für die Velofahrenden. Warten wir also den neuen Veloroutenplan und die Einführung der



Standards für den Fuss- und Veloverkehr ab und beobachten wir, wie das BVD, wie es schreibt, Verbesserungen für den Langsamverkehr, insbesondere an Kreuzungen vornimmt.

Aus diesen Gründen beantragt die LDP-Fraktion, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Karger, möchten Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod annehmen? Sie wird abgelehnt. Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Dann nicht in Form einer Zwischenfrage. Anzumerken ist, dass Philip Karger das Beispiel der Thomaskirche, diese Velo-Unterführung, als schlechtes Beispiel genannt hat. Können Sie sich vorstellen, dass es im Quartier Eltern gibt von jugendlichen Schulkindern, die sehr froh sind, diesen Kindern sagen zu können, dass sie diese Unterführung nehmen sollen und unter keinen Umständen oberirdisch durchfahren sollen, dass das also ein grosser Vorteil ist? Ich glaube, das wäre meine Frage gewesen, aber ich glaube, es ist offensichtlich, dass es da in Bezug auf die Verkehrssicherheit auch wirklich ein nicht unerheblicher Vorteil mit sich bringt. Dass es dann einige gibt, die leider das Risiko auf sich nehmen oberirdisch, ist ärgerlich, aber das heisst nicht, dass es nicht gut ist, dass es diese unterirdische Variante gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Cuénod, nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Entschuldigung, Blechlawine, Sicherheit, Risiko auf sich nehmen, um eine Kreuzung zu fahren in dieser Stadt, also bitte, bisschen weniger Polemik hier.

Tim Cuénod (SP): Die Frage ist mir als Frage nicht verständlich. Ich verstehe allerdings nicht, wo die Polemik liegt, an Kreuzungen, die wirklich stark befahren sind, wo ich auch viele Autofahrer kenne, die sich freuen, dass dort weniger Velofahrer unterwegs sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, es ist vielleicht gerade ganz gut, dass sich jetzt einige BVD-Vorstösse angesammelt haben über die letzten Monate. Man sieht nämlich, wie viele Vorstösse im Bereich Velo hängig sind und jeder dieser Vorstösse hat ein Dutzend von konkreten Stellen und Massnahmen und Ideen und ich glaube, hier ist der Punkt, dass die Regierung sagt, lassen Sie uns die Fäden wieder zusammennehmen. Wir können nicht wie ein Feuerlöschkommando überall dem nachgehen, was jetzt gerade mit einem Vorstoss aktuell ist respektive doch, wir machen das, wo kleine Dinge möglich sind, aber wir müssen strukturiert vorgehen. Und das tun wir, indem wir in den vergangenen Monaten auch basierend auf dem neuen Bundesgesetz Standards erarbeitet haben, die nun überall zur Anwendung kommen, wo wir was verändern, und natürlich indem wir das neue Veloroutennetz erarbeiten und da wirklich systematisch dran herangehen.

Glauben Sie mir, da sind auch diese Stellen, die Sie hier nennen, auf dem Radar und wir werden diese bearbeiten, aber ich denke, Sie sind sicher einverstanden mit mir, wenn es Sinn macht, dass ich meine Leute für die Erarbeitung dieser Dinge beschäftige und dass wir einen Teil der Vorstösse mittlerweile wirklich abschreiben können, damit die Leute eben an diesen konkreten Dingen arbeiten können, weil sonst wirklich der Aufwand auch für die Beantwortung dutzender Velo-Vorstösse wirklich sehr gross ist.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, wie gesagt, wir bleiben dran, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das wird bestritten von Daniel Sägesser. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag

Ergebnis der Abstimmung



47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005726, 22.01.25 15:20:56]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

46. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwarteallen erhalten statt verschrotten, Schreiben des RR

[22.01.25 15:21:10, 23.5530.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte. Das Wort geht zuerst an Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich möchte Ihnen beliebt machen und ich beantrage auch, den Anzug stehen zu lassen. Die Antwort ist für mich in mehrerlei Hinsicht unbefriedigend. Generell beruht sie vor allem auf Behauptungen und nicht wirklich auf handfesten Argumenten.

Ich fange an mit der Bemerkung, die Wartehallen haben die veranschlagte Nutzungsdauer von 25 Jahren erreicht. Hier wird meiner Meinung nach die Nutzungsdauer mit der buchhalterischen Abschreibungsdauer vermischt. Kein Haus oder anderes Bauwerk muss nach der Abschreibungsdauer einfach abgerissen werden. Man versucht durch Renovationen die Lebensdauer zu verlängern. Dann steht, eine Weiterverwendung sei weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Auch das klingt für mich wie eine Behauptung. Ich hätte hier eigentlich Zahlen erwartet.

Im Bericht steht, aufwendiges und kostenintensives Versetzen der Wartehallen im Zuge der BehiG-Umgestaltungen. Eine Furrer-Wartehalle ist mit vier Stellschrauben am Boden befestigt und die Gewindeanker sind erst noch höhenverstellbar. Gemäss dem Architekten, das hat er mir persönlich mitgeteilt, könne man den Unterstand in zehn Minuten lösen und an einem neuen Ort bzw. auf einem erhöhten Niveau wieder befestigen. Und auch wenn es vielleicht doch nicht ganz so schnell gehen sollte, ein Riesenproblem scheint es wirklich nicht zu sein. Die ganze Verankerung ist übrigens aus rostfreiem Stahl gefertigt. Ich kann mir also fast nicht vorstellen, dass sie massive Korrosionsschäden haben und falls doch bin ich gerne bereit, mir das mit eigenen Augen anzuschauen.

Das bringt mich auch zum nächsten Punkt, die Wartung. Es ist nämlich durchaus so, dass Renovationen möglich sind. Am Bernerring zum Beispiel wurde eine Schuhschachtel-Haltestelle aufgefrischt, neu gestrichen und frisch verglast, sieht schon wieder ganz anders aus. Und auch die Furrer-Wartehallen können neu gestrichen und mit einer LED-Beleuchtung versehen werden. Wenn man sie ein bisschen pflegt und ab und zu ein Teil ersetzt, lassen sich die Haltestellen länger erhalten. Und das mit dem Pflegen, das gilt auch für die neuen Parapluie-Unterstände, von denen man hört, dass auch bei diesen da und dort schon Unterhaltsarbeiten nötig waren. Das dünkt mich völlig normal bei öffentlicher Infrastruktur.

Aus heutiger Sicht scheint es einfach nicht mehr zeitgemäss, bestehende und funktionstüchtige Warte-Unterstände zu entsorgen, besonders wenn sie wie die Unterstände des Typs Furrer einen soliden Charme ausstrahlen und das Stadtbild prägen. Die bestehenden Wartehallen schützen im Vergleich zum neueren Modell sogar besser vor schlechtem Wetter, sie sind grösser und bieten mehr Sitzgelegenheiten. Überall redet man von Bestandserhalt, wir sollten uns deshalb diesen Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.



Fina Girard (GAB): Ich fange ein bisschen grundsätzlicher an. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind ja bekanntlich Weltmeister im Recycling. Pflichtbewusst und ganz selbstverständlich tragen wir unsere Säcke mit PET-Flaschen und leeren Konfi-Gläschen zur Recycling-Station. Das R für Recycling steht aber eigentlich ganz am Ende der 8 Rs der Kreislaufwirtschaft: Refuse, Rethink, Reduce, Reuse, Repair, Refurbish, Repurpose und erst ganz zum Schluss Recycle. Was jetzt so neusprachlich daherkommt, ist eigentlich seit Menschengedenken Normalität. Was noch gebraucht werden kann, wird geflickt, weitergenutzt oder findet anderweitig Verwendung. Ressourcen sind knapp und kostbar. Das gilt damals wie heute.

Der Regierungsrat hat sich mehrfach zur Kreislaufwirtschaft bekannt. Um das Klimaziel bis 2037 zu erreichen, ist es zentral, dass wir Wege aus der heutigen Wegwerfgesellschaft finden und Sorge tragen zu den Ressourcen, die bereits verbaut sind. Aber komplett funktionstüchtige Tramwartehallen weiter zu nutzen, das scheint plötzlich ein Ding der Unmöglichkeit. Wir als Grün-Alternative Fraktion sind enttäuscht vom Regierungsrat, dass er diesen einfachen ökologischen Grundsatz des weiter brauchen, was noch zu gebrauchen ist nicht einhalten will. Hier geht es nicht um Klimaschutzmassnahmen, die unsere Stadt verändern sollen, sondern ganz im Gegenteil, es geht darum, zu erhalten, was sowieso schon da ist und schon funktioniert. Einfacher geht Klimaschutz eigentlich kaum. Dass die Firma, die die Machbarkeitsstudie zur Weiterverwendung einzelner Tramwartehallen geprüft hat, selbst auch Produzentin der neuen Tramwartehallen ist und daher möglicherweise eigene Interessen im Spiel sind, ist pikantes Detail der Causa Tramwartehäuschen.

Wenn die Regierung nun schreibt, die Weiterverwendung der Tramhäuschen sei weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, dann möchten wir doch genau wissen, beruhend auf welchen Fakten sie zu diesem Schluss kommt. Die Beantwortung des Anzugs von Jean-Luc Perret ist unbefriedigend und lässt einen schalen Nachgeschmack, dass die Regierung gar nicht ernsthaft über eine Weiterverwendung nachdenken will. Die Bestellungen für das neue Modell Parapluie scheinen schon flächendeckend in der Pipeline zu stecken.

Die Fraktion GAB beantragt darum im Sinne eines pragmatischen und unkomplizierten Ressourcenschutzes, den Anzug von Jean-Luc Perret stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wir danken der Regierung für die Abklärungen und sehen die Probleme. Ich persönlich habe den Fokus auf eher grössere Wartehallen gelegt, wie etwa auf dem Andreasplatz oder ähnlichen. Sie geben den Plätzen ein Gesicht und prägen das Bild einer Stadt über Jahre und darum ist es oft schade, wenn die einfach wegkommen. Der Typ Parapluie, der nun verbaut wird, ist wahrlich kein Wurf, vor allem die Beleuchtung ist mangelhaft und für mich am falschen Ort und viel zu hell. Gerade jetzt in der LED-Zeit, wo wir alles probieren zu dimmen, da leuchten die Dinger um die Wette. Es macht das Ganze leider auch zu einem Einheitsbrei, aber ja, irgendeinmal wird es vielleicht ein Typ geben, der für besser empfunden wird. Wenn man die Beantwortung liest, sind die Wartehallen so kompliziert gebaut, mit begrünem Dach, usw., dass sie halt leider nur noch abgebrochen werden können. Die LDP ist für Abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es kurz machen. Es ist nicht die Beantwortung des BVD oder der Regierung, hier sind natürlich die Zahlen, die wir von der BVB erhalten haben, auch die Expertise der BVB, die wir da herangezogen haben. Wenn ich den «Chrüzlistich» anschau, scheint mir klar, dass der stehen gelassen wird und wenn dem so ist, dann schauen wir, dass wir da noch detailliertere Zahlen liefern können und dem nachgehen können.

Ich finde es nach wie vor wichtig, dass wir natürlich auch auf die Wirtschaftlichkeit achten und wenn es so ist, dass dann die Erhaltung der alten Häuser wirklich um ein weites aufwendiger ist, auch finanziell, also ich sage jetzt mal, um ein mehrfaches aufwendiger ist, dann müssen wir das natürlich nochmal prüfen, aber wir werden das, wenn Sie das stehen lassen, anschauen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Jean-Luc Perret.



Ergebnis der Abstimmung

29 Ja, 65 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005728, 22.01.25 15:30:25]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 65 Nein-Stimmen gegen 29 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

47. Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR

[22.01.25 15:30:30, 24.5210.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Frau Keller verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Brigitte Kühne zuerst gemeldet.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen beantragen die Überweisung als Anzug, denn wir haben es schon einige Male gehört, nebst einer Klimakrise haben wir auch eine Biodiversitätskrise und die ist so real, dass die Erhöhung der Biodiversität bei jeder Planung von Anfang an mitgedacht werden muss. Es muss biodiversitätsfördernde Blatt- und Blütenmasse her, sei es in der horizontalen oder in der vertikalen.

Der Hauptgrund für eine Überweisung als Anzug und nicht als Motion liegt in den Zahlen. Es wird eine Veränderung in einer Dimension gefordert, nämlich 50 Prozent, die innerhalb von zehn Jahren schlicht unrealistisch ist. Stichworte hierzu: es sind grössere Infrastrukturbauten betroffen, wie zum Beispiel der Bahnhof SBB, welcher durch seine Lage die Biotopverbundsachse einschränkt. Ausserdem sind die Gleisanlagen nicht im Besitz des Kantons. Dann weiter, andere Infrastrukturbauten oder sonstige Hindernisse auf Biotopverbundsachsen sind einfach nicht so veränderbar, unter anderem stark befahrenen Strassen oder historische Baustruktur. Im St. Johann-Quartier zum Beispiel sind es grossflächige Gebäude und Mauern, die sich in Privatbesitz befinden, welche den Biotopverbund zwischen wichtigen Grünflächen einschränken. Nichtsdestotrotz, die Wissenschaft der Stadtökologie lehrt uns, dass genau die kleinen Flächen in der Stadt so wichtig sind. Jeder Quadratmeter, jede Ritze zählt für die Biodiversität, aber auch für unser Wohlbefinden. Die totale Sauberkeit und damit auch Versiegelung, Entfernen von sogenanntem Unkraut mit Bunsenbrenner sowie die immer mehr aufkommenden Laubbläser sind definitiv nicht förderlich für die Biodiversität.

Dass das Verständnis in dieser Stadt eigentlich vorhanden ist, zeigen ganz viele, auch private Initiativen seit Jahrzehnten. Auch hat unsere Stadt erst kürzlich das Gold-Label von Grünstadt Schweiz erhalten und ja, es wird bereits viel, insbesondere bei Arealentwicklungen betreffend Biotopverbundsachsen verbessert. Aber eben, es reicht nicht. Mein Vorstoss betreffend entsiegelte und ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel wurde im Oktober 2023 von Ihnen allen stillschweigend an den Regierungsrat überwiesen. In diesem Vorstoss steht, Zitat: Die gemäss Biotopverbundskonzept bereits definierten Vernetzungsachsen erster Priorität sollen prioritär behandelt werden. Der Regierungsrat hat also schon einen Auftrag in diese Richtung. Somit kann die Umsetzung meines Anzuges gleich in die Umsetzung dieses Anzuges integriert werden.

Und übrigens, das Biotopverbundskonzept vom Januar 2016 feiert diesen Monat den 9. Geburtstag. Es ist aus fachlicher Sicht ausgezeichnet, aber die konkrete Umsetzung, das ist es, was zählt. In diesem Biotopverbundskonzept vor neun Jahren stand, Zitat: Die wichtigsten Vernetzungsachsen des Biotopverbundskonzepts sollen bei der nächsten Anpassung des kantonalen Richtplans Basel-Stadt in diesen integriert werden. Der Regierungsrat heute in der Motionsantwort, Zitat: Derzeit wird der kantonale Richtplan bezüglich der Themen Klima und Umwelt angepasst. Dabei sollen der Biotopverbund und die Wildtierkorridore als neue Objektblätter Bestandteil des Richtplans und somit behördenverbindlich werden. Sehr geehrter Regierungsrat, setzen Sie dies nun endlich in Tat um, denn die Behördenverbindlichkeit ist essentiell und somit jede auch noch so kleine Verbesserung unserer Biotopverbundsachsen.



Überweisen wir die Motion nun also als Anzug und machen damit klar, was der Auftrag ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ich rede hier für die LDP und die SVP. Wie der Regierungsrat schreibt, erkennen wir auch den Wunsch zur Verbesserung. Wenn man die Karte genau anschaut, dann sind wir doch in einem städtischen Gebiet, wo Strassen, Flüsse und andere Infrastrukturen leider im Wege stehen und können nicht einfach für dieses Anliegen beseitigt werden. Einige Achsen sind auch in den Landgemeinden. Dort sind sich die zuständigen Stellen der Wichtigkeit bewusst und schauen, dass bei Baueingaben und möglichen Veränderungen doch immer Verbesserungen gemacht werden können.

Derzeit, wie vorher angesprochen, wird auch der kantonale Richtplan bezüglich Themen Klima und Umwelt angepasst. Dabei sollen der Biotopverbund und die Wildtierkorridore als neue Objektblätter Bestandteil des Richtplans sein und somit behördenverbindlich werden. Damit ist das Thema schon genügend abgestützt und anerkannt worden.

Die LDP wie auch die SVP sind gegen eine Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich stelle jetzt nur noch den nächstmöglichen Antrag, nämlich die Zweitüberweisung als Motion. Denn die Stellungnahme, die ist uns zu vage herausgekommen. Sie erhält zahlreiche Ankündigungen und Beteuerungen, doch zur zentralen Forderung nach einem klaren Zielwert von 50 Prozent schweigt sie sich aus. Das wirft natürlich Fragen auf. Weshalb diese Zurückhaltung? Will sich der Regierungsrat bewusst Spielraum offenhalten, um die Motion letztlich doch nicht umzusetzen? Falls ja, dann zeigt das nur umso deutlicher, wie notwendig sie eben ist. Und falls der Regierungsrat tatsächlich beabsichtigt, eine wirksame Strategie zu verfolgen und den Richtplan entsprechend anzupassen, warum übernimmt er denn die klare Zielsetzung der Motion nicht direkt?

Ich habe es bereits bei der Erstüberweisung betont, alle Lebewesen, ob Pflanzen oder Tiere, sind auf Wege angewiesen, die es ihnen ermöglichen, sicher von einem Lebensraum in den nächsten zu gelangen. Nur so können sie neue Gebiete besiedeln oder bestehende Populationen durch Austausch stärken. Ein Park oder Naturgarten entfaltet seine Wirkung nur, wenn er vernetzt ist. Als isolierte Insel bleibt er wirkungslos. Schmetterlinge, Molche, Igel oder Wildblumen, sie brauchen Korridore, um sich auszubreiten. Dabei muss man sich nicht zwingend durchgehende Grünstreifen vorstellen. Oft reichen bereits gut platzierte kleine Biotope oder Grünflächen in regelmässigen Abständen. Und um solche Trittssteine zu schaffen, braucht es nicht zwingend das nächste grosse Umgestaltungsprojekt oder eine Arealentwicklung, sie können auch unabhängig davon umgesetzt werden.

Unser Fazit also, wir möchten diese Motion definitiv überweisen. Sie fordert nichts Unmögliches und lässt ausreichend Spielraum für die Umsetzung. Neben der Vorgabe von nur 50 Prozent bietet sie auch die Möglichkeit, bestehende Hindernisse lediglich zu entschärfen, wenn eine vollständige Beseitigung nicht machbar ist. Jetzt braucht es dafür aber eine klare Zielsetzung. Mit der Überweisung der Motion können wir diese erreichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ja, die Worte höre ich wohl, allein es fehlt mir der Glaube, wenn ich die Antwort auf meine Motion von der Regierung höre. Vielleicht möchte ich es hier doch nochmal wiederholen, meine Motion fordert, dass die Regierung zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und des Biotopverbundkonzeptes einen Massnahmenplan zur Entschärfung und Beseitigung der Barrieren erarbeitet und damit bis zum Jahr 2035 mindestens 50 Prozent der Barrieren beseitigt oder substanziell aufwertet.

Diese Forderung ist das Resultat auch von Gesprächen mit Praktikern aus der Behörde, der Frau Keller vorsteht, und beinhaltet schon viele Möglichkeiten, die Barrieren dort, wo eine völlige Beseitigung nicht realistisch ist, diese eben nicht völlig zu beseitigen, sondern zumindest substantiell aufzuwerten, und diese erst einmal ruhen zu lassen, deren Beseitigung wirklich sehr aufwendig wären. Hier erhält die Regierung also einigen Spielraum zur Umsetzung der Motion und damit ihren Beitrag zur Erhaltung und Aufwertung der Biotopverbundsachsen zu leisten.

Es tut mir leid, aber die in Ihrer Antwort zur Motion gemachte Aussage, dass Massnahmen nur im Zuge geplanter Arealentwicklungen erfolgen oder im Rahmen von Strassenunterhaltungsumgestaltungen vorgenommen werden sollen, also nur dann, wenn diese sowieso anstehen, lässt mich am Willen der Regierung zweifeln, dass hier wirklich strategisch geplant und



zielorientiert an der Verbesserung der Biodiversitätssituation in der Stadt gearbeitet wird. Dass in der Antwort auch noch geäussert wird, dass Planungen auf dem Tisch liegen, die noch für eine Verschlechterung der heutigen Situation sorgen könnten, ist eine Nebelpetarde, die davon ablenken soll, dass es eben keine klaren Zielvorgaben und auch keine Strategie gibt, die Situation der Biodiversität nachhaltig zu verbessern. Diese Unverbindlichkeit ist Teil der Gefährdung der heute noch vorhandenen Biotopverbundsachsen. Die Motion will hier die Situation stabilisieren, indem man die Prioritäten klar setzt und eben nicht damit droht, es könnte alles noch schlimmer werden.

Die Biodiversität, der geht es schlecht. Interessanterweise finden wir sie in der Agglomeration, also um die Städte herum, teilweise in besserem Zustand als die in der heutigen Kulturlandschaft im weiteren Umkreis auf dem Land. Es ist eine Tatsache, dass sich die Städte weiter ausdehnen wollen und in der Agglomeration auch verdichtet wird. Dies bedeutet für die Stadt, dass sie noch mehr als in den früheren Zeiten in der Pflicht steht, diese nun immer kleiner werdenden unbebauten Flächen nicht nur zu schützen, sondern eben auch gut miteinander zu vernetzen. Alle Studien zeigen, dass die Vernetzung von Biotopen eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität darstellt, da es ohne den Austausch genetischer Vielfalt zu einer Verarmung der Biodiversität kommt und Populationen an einem betreffenden Standort nicht langfristig überlebensfähig sind.

Für alle Zweifler aus dem bürgerlichen Lager möchte ich noch folgende neue Initiative und Studie der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz ans Herz legen, die ich hier habe. Ich kann sie gern auflegen. Sie heisst www.siedlungsnatur.ch. In dieser wird auch auf eindrückliche Weise belegt, dass Biodiversität im Kontext von Siedlungen auch ein wirtschaftlicher Faktor sind und massgeblich zur Wertsteigerung beispielsweise von Immobilien beiträgt. Wer wohnt nicht gerne in der Nachbarschaft eines schönen Parks oder einer Allee? Daher möchte ich gemeinsam mit den Verfassern der Studie dafür plädieren, bei Ihren Bewertungen von Investitionen in die Förderung der Biodiversität auch diesen Faktor nicht aus dem Auge zu verlieren und Sie bitten, aus wirtschaftlichen Gründen heute den grünen Knopf zu drücken. Die Biodiversität und ich würden uns darüber sehr freuen.

Da ich in der Motion keine Aufforderungen zur Prüfung oder zu Berichten finden kann, möchte ich den Grossen Rat bitten, diese Motion auch in einer zweiten Lesung als Motion an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bartha, nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Nachdem wir jetzt vorher über Velo-Barrieren geredet haben, würde es mich schon ein bisschen wundernehmen, ob die Aufhebung dieser Barrieren nicht auch irgendwo dann im Konflikt steht für diese Velostrassen und diese Velovorzugsrouten oder wie sehen Sie das, sehen Sie da keinen Konflikt?

Béla Bartha (GAB): Frau Keller hat schon versucht, die eine Tatsache gegen die andere auszuwählen. Ich glaube, hier ist es so, dass wir beides sehr wohl nebeneinander gut verwirklichen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann hören wir jetzt, was Frau Keller zu diesem Geschäft sagen möchte.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ja, wenn es denn nur die Velostrassen wären, dann wäre die Schwierigkeit nicht so gross und dann würde die Regierung die Motion entgegennehmen. Aber schauen Sie sich dieses Konzept an, dieses Biotopverbundkonzept. Ich glaube, auf Seite 38, 39, 40 gibt es eine Karte und da sieht man, die einschneidenden Barrieren sind eben grössere Infrastrukturbauten, beispielsweise den Bahnhof SBB, den überwinden Sie nicht mit ein paar Trittsteinen. Abgesehen davon gehört der Boden gar nicht uns und es gibt mehrere solche auch Gebiete in dieser Karte, die zeigen, der Boden gehört eben nicht dem Kanton, unser Einflussbereich ist beschränkt. Und hier innert zehn Jahren zu fordern, dass wir das aufheben oder 50 Prozent der Barrieren aufheben oder eben substanziell verbessern, das werden wir nicht schaffen, eben weil es zum Teil grosse Infrastrukturbauten sind, viele Gebiete nicht in unserer Hand, ist das nicht realistisch.

Wichtig ist, und wir sind da in den Endzügen, das ist eben diese Anpassung auch des Richtplans. Durch die Anpassung im Richtplan werden diese Pläne behördenverbindlich, und wahrscheinlich wissen es einige von Ihnen, weil Sie an der Vernehmlassung mitgemacht haben, die Vernehmlassung ist erfolgt zu dieser Anpassung des Richtplans und wir werden den bald in Kraft setzen. Und dann haben wir eben bereits mehrere Instrumente, wir haben die Biodiversitätsstrategie, die ganz konkret mit Massnahmen hinterlegt ist, wir haben das Biotopverbundkonzept, das schon länger gültig ist und wir die Stossrichtung weiterverfolgen, und eben auch bald diesen Richtplan und so denke ich, sind die Grundlagen gegeben, um daran weiterzuarbeiten.



Wenn Sie möchten, dann überweisen Sie das als Anzug, dann werden wir dazu berichten, aber die Regierung ist der Meinung, da auch schon ein Anzug zum Thema besteht, dass wir gerne in diesem Rahmen berichten werden, und bittet Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung der Motion. Brigitte Kühne beantragt Überweisung als Anzug und Jean-Luc Perret Überweisung als Motion. Es gibt zuerst die Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005730, 22.01.25 15:47:54]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt mit 48 Nein-Stimmen gegen 46 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir stimmen über die Überweisung ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005732, 22.01.25 15:48:38]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 4 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

48. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams, Stellungnahme des RR

[22.01.25 15:48:45, 24.5258.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Frau Keller verzichtet in der ersten Runde. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und da hat sich Catherine Alioth für die LDP gemeldet.



Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für die differenzierte Stellungnahme zur vorliegenden Motion. Ich nehme die Begründung für die Unzulässigkeit der Motion zur Kenntnis und stelle aber auch fest, dass im Rahmen der Beantwortung der Petition für einen angemessenen ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er-Trams die Vorschläge, die auch die Motion fordert, von der BVB zusammen mit der BLT geprüft werden. Dem «Chrüzlistich» zufolge nehmen auch die anderen Fraktionen diese Information zur Kenntnis und beabsichtigen, die Motion nicht ein zweites Mal zu überweisen. Ich möchte aber noch einmal auf das zurückkommen, was ich bei der Erstüberweisung betont habe.

Es geht um das Wohl eines ganzen Quartiers mit seinen Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Arbeitnehmenden, Schülerinnen und Schüler. Diese Gemeinschaft wird auch in diesem Jahr wiederum während gut dreieinhalb Monaten in ihrer Mobilität stark eingeschränkt sein. Laut Antwort ist die Vollsperrung der Tramlinie 14 für den Zeitraum vom 4. August bis zum 23. November vorgesehen. Dieser Zeitraum scheint mir besonders sensibel. Er fällt in die Zeit nach den Sommerferien, in der der ÖV witterungsbedingt stärker genutzt wird und auch das lukrative Weihnachtsgeschäft ist betroffen. Ein weiterer Aspekt, aus meiner Sicht auch ein wesentlicher, ist der neue Sekundarschulstandort an der Gartenstrasse, der nach den Sommerferien 2025 seinen Betrieb aufnehmen wird. Es ist damit zu rechnen, dass noch mehr ÖV-Nutzerinnen und -Nutzer zu erwarten sind. Dies wird logischerweise zu zusätzlichen Kapazitätsengpässen führen und könnte die Situation weiter verschärfen.

In Anbetracht dieser Faktoren ist ernsthaft zu überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, die Stilllegung des Trams 14 auf den Sommer 2026 zu verschieben. Dies würde es ermöglichen, die Hauptarbeiten, das sind die Anpassungen an barrierefreie Tramhaltestellen, während der Schulsommerferien durchzuführen. Eine solche Entscheidung könnte nicht nur dazu beitragen, die Fortbewegungsfreiheit und die Lebensqualität in diesem Quartier zu erhalten, sondern auch sicherzustellen, dass möglichst viele Menschen in dieser kritischen Übergangszeit weiterhin problemlos ihre täglichen Wege erledigen können.

In diesem Sinne wünsche ich mir sehr, dass den Anliegen der vorliegenden Motion entsprochen wird. Ich bitte Sie deshalb darum, diese Motion zu überweisen und damit ein Zeichen des Verständnisses und des Engagements für die Bedürfnisse dieses Quartiers zu setzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Keller wünscht das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Danke vielmals für die Debatte hierzu. Ich glaube, wichtig ist hier einfach, diese Motion ist wirklich auch rechtlich unzulässig. Wir greifen hier in einen Organisationsbereich ein, der nicht für eine Motion zugänglich ist. Mindestens so wichtig ist aber, selbstverständlich haben auch wir ein grosses Interesse daran, dass diese ÖV-Verbindungen so gut wie möglich und auch so akzeptiert wie möglich sind. Die Gespräche laufen auch mit den entsprechenden Anspruchsgruppen und wir werden diese Ergebnisse auch präsentieren können.

Vielleicht noch kurz zur Idee, dass eine Baustellenverschiebung viel besser sei. Das wurde auch schon vom Gewerbe in Muttenz geäussert. Ich glaube, man muss sich wirklich immer bewusst sein, wie viel mit so einer Baustellenplanung an einem dermassen grossen Knoten zusammenhängt. Der Ersatzverkehr wird schon sehr lange davor geplant, es wird natürlich auch geprüft, wie hängt diese Baustelle mit dem Mehrverkehr an anderen Verkehrsknoten zusammen. Wenn man hier etwas verzögert, gerät man dort in Verzug und, und, und. Ich glaube wirklich, eine solche Baustelle verschiebt man nicht mal schnell, schnell auf ein Jahr später, gerade jetzt, wo wir bezüglich der Grossanlässe natürlich grosse Aufwände auch betrieben haben, um eben den ESC und der Women's EURO nicht in die Quere zu kommen.

Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Wir bleiben dran und suchen da die beste Lösung, auch mit dem Quartier.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Catherine Alioth beantragt Überweisung als Motion.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung



21 Ja, 70 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005734, 22.01.25 15:55:42]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 70 Nein-Stimmen gegen 21 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

49. Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Konzept und Signalisation für den Veloverkehr in den Langen Erlen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:55:49, 20.5253.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

50. Anzug Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:56:04, 23.5382.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir starten mit einem Fraktionsvotum von Jérôme Thiriet für das GAB.

Jérôme Thiriet (GAB): Auch hier bei diesem Anzug beantragt das GAB noch einmal stehen lassen. Ich erkläre auch gerne, warum. Es ist ein ähnlicher Fall, wie wir ihn vorher beim Anzug von Luca Urgese bei der St. Jakob-Strasse hatten, auch da ist eine Stelle für die Velofahrenden, die nicht ganz ideal ist. Wir haben dort mit der Jacob Burckhardt-Strasse, mit der Öffnung, ein super direkter Weg vom Gellert in Richtung Gundeli, Bruderholz, der auch sehr häufig genutzt wird. Und oben bei der Kreuzung Grosspeterstrasse ist es natürlich ein Problem, weil dort die ganze Achse Grosspeterstrasse/Nauenstrasse kommt und man dann dort eigentlich normal nicht weiterkommt. Man muss warten, bis der ganze Verkehr durchgefahren ist, das geht lange, dann kann man einmal drauf, dann wird man wieder gestoppt von einem Rot und das macht natürlich niemand. Es hat dort nebendran ein relativ breites Trottoir, wo es keine Fussgänger*innen hat, und genau dort, wo diese Lösung vorgeschlagen war, will man jetzt nichts unternehmen, sondern weist darauf hin, dass man es umfahren kann über die Sevogelstrasse/Münchensteinerstrasse.

Es ist sicher gut, wenn dort etwas gemacht wird, aber Fakt ist, dass jetzt der direkte Weg natürlich viel gescheitert ist und wir hätten es gerne gesehen, wenn man sich dort noch einmal Gedanken gemacht hätte, wie man das lösen kann auf dem Trottoir. Vielleicht auch mit der Helvetia, der das Gebäude gehört, wo man ein bisschen auf Privatgrund darüber spazieren kann, dass man dort eigentlich die Fläche für Velofahrer und Velofahrerinnen machen kann. Im Schrittempo, es kommt dort niemand schnell hinauf, man muss rechts abbiegen und dann muss man rüber rollen und wieder bei der nächsten Überquerung warten, also es wird sowieso niemand schnell dort durchfahren. Es wäre vernünftig, wenn man dort auf diesem Teil bei dem Trottoir eine Lösung finden könnte, dass Velofahrer und Velofahrerinnen und Fussgänger und Fussgängerinnen aneinander vorbeikommen, so dass man den Weg, den jetzt sowieso schon jeder nimmt, auch so gestalten kann, dass es für alle legal machbar ist.



Vielen Dank, dass Sie diesen Anzug stehen lassen und nochmals zurückgeben in die Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Thiriet, nehmen Sie die Zwischenfrage von Annina von Falkenstein an? Sie wird angenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Reicht es Ihnen nicht, dass in der Antwort drinsteht, dass die Regierung das anschaut, wenn sie dort sowieso etwas machen müssen, und dass sie den Bedarf schon sehen, aber es einfach nicht sofort machen wollen, weil sowieso noch Arbeiten kommen?

Jérôme Thiriet (GAB): Das habe ich ganz vergessen zu sagen, nein, das reicht mir nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Mitte-EVP ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich beantrage Ihnen, dass dieser Anzug stehen gelassen wird. Worum geht es? Es geht um einen ganz heiklen Punkt an einer ganz gefährlichen Stelle, wo wir mit wenigen Massnahmen etwas erreichen könnten und eigentlich auch erreichen müssen. Es ist der Ort oben an der Jacob Burckhardt-Strasse. Ich weiss nicht, ob Sie sich das vorstellen können jetzt direkt, man fährt mit dem Fahrrad die Jacob Burckhardt-Strasse hinauf, kommt in die Grosspeterstrasse, geht nach rechts in die Münchensteinerstrasse, überquert dort wiederum die Strasse und fährt dann ins Gundeli. Also alle diese Schülerinnen und Schüler, die in die Schulen im Gellertquartier gehen, das sind sehr viele, die benutzen diese Route, um nach Hause zu fahren.

Was passiert dort oben an diesem Ecken? Es ist vis-à-vis vom Ibis-Hotel jetzt neu dieses Helvetia-Gebäude. Sie können sich das vorstellen. Es sind etwa 25 Meter, wenn ich das richtig sehe, man kommt von unten hoch in die viel befahrene Nauenstrasse. Ich danke für den guten Bericht, der Bericht ist vielleicht nicht ganz klar, es heisst hier, dort werden dann die Leute sicher geführt, indem sie durch eine Ampel gesichert in die Grosspeterstrasse einbiegen. Also es ist zumal so, dass oben an der Jacob Burckhardt-Strasse keine Ampel ist, sondern man fährt dann in diesen relativ stark befahrenen strengen Teil und was tatsächlich passiert, ist, das sehen Sie jeden Tag, die meisten der Schülerinnen und Schüler fahren dann sicherheitshalber, zu ihrem eigenen Schutz auf das Trottoir. Jetzt können wir sagen, das geht natürlich nicht, das lassen wir nicht zu, wir stellen Polizisten hin und dann ist das Problem gelöst. Aber ich glaube, das Problem könnte man gescheiter lösen in diesem Fall. Das Trottoir ist mindestens 3.33 Meter breit und beim Haus dort, beim Helvetia-Gebäude hat es Arkaden, die man auch allenfalls mitbenutzen könnte, wenn man überlegen täte, wie lösen wir dieses Problem dort wirklich.

Man kann schon sagen, wir machen grundsätzlich keinen Mischverkehr. Wir haben das heute Morgen schon gehört und es gibt Stellen, wo Mischverkehr selbstverständlich nicht geht, wir wissen das, bei der Solitüde geht das nicht. Aber wir haben durchaus Stellen in der Stadt, wo wir Mischverkehr kennen. In der Schneidergasse kennen wir Mischverkehr sogar mit Autos, Velos und Fussgänger. Wir kennen am Heuberg, wenn Sie am vorderen Teil sind bei der Leonhardskirche, das ist schmäler sogar als das Trottoir oben dort an der Jacob Burckhardt-Strasse, haben wir Mischverkehr mit Auto, Velo, Fussgänger. Das gibt es auch hier in Basel und es gibt es in vielen Ländern ohne weiteres, dass das möglich ist, man muss nur das miteinander machen. Selbstverständlich muss man im Schrittempo fahren, so wie man das in der Schneidergasse angeschrieben hat.

Aber man könnte mit einer einfachen baulichen Massnahme, indem man dort den Boden rot markiert oder blau markiert oder wie auch immer das zulässig ist, zeigen, hier sind Fussgänger und Fahrradfahrer nebeneinander möglich, aber sie können getrennt dort diese Stelle passieren. Es stimmt, es ist angekündigt, dass in sechs Jahren etwas geschieht, Annina von Falkenstein, Sie haben recht, ab 2030 denkt man dort, Verbesserungen zu erzielen, aber mit dieser einfachen Massnahme könnte man heute schon eine wesentliche Verbesserung erzielen, wesentlich mehr machen für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler, die dort auf ihrem Heimweg sind und die diese Strecke wirklich viel gebrauchen, viel benutzen.

Ich bitte Sie also, hier gut zu überlegen, ob es einfach ein Prinzip gibt, das wir einfach hochhalten, wir machen keinen Mischverkehr. Wir machen Mischverkehr, Mischverkehr geht tatsächlich nicht überall, aber es gibt Stellen, wo dies durchaus möglich ist. Dort gibt es so gut wie keine Fussgänger an diesem Ort. Wenn Sie mal dort stehen, Sie werden so gut wie keine Fussgänger sehen und selbst wenn es hat, man kann nebeneinander Fahrräder und Fussgänger haben bei dieser Breite von 3.33 Meter Mindestbreite. Sie ist da breiter, es ist die schmalste Stelle, die ich gemessen habe, 3.33. Also es ist nichts Verrücktes, es ist nichts Weltbewegendes, es ist ein Knoten, ein gefährlicher Knoten, der an einer Stelle ist, die man geöffnet hat, und die man wie irgendwie nicht richtig hat lösen können bis jetzt. Wir könnten das machen.

Ich bitte die Regierung, das einfach nochmals anzuschauen, indem Sie diesen Anzug stehen lassen und nicht warten bis 2030, dass wir das dann lösen. Wir können hier mit einfachen Mitteln wirklich hilfreich dienen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe schon die ganze Zeit darauf gewartet, dass Beat Schaller sich meldet als Vertretender der Fussgängerlobby, sonst immer mit Voten hier, mit flammenden Voten für die zu Fuss Gehenden, also ich hätte mir da tatsächlich ein Votum erhofft von jemandem, weil, haben Sie sich diesen Plan angeschaut? Sagen wir jetzt, wir würden diese Mischfläche unterteilen, eben eigentlich wieder zu eng, um parallel zueinander den Fuss- und den Veloverkehr zu führen. Dann gibt es dort aber noch einen Fussgängerstreifen, wie genau möchten Sie den Velostreifen über den Fussgängerstreifen leiten? Also ich glaube, dort, wir wissen, wie häufig die Velos anhalten bei einem Fussgängerstreifen und ich glaube doch, dass hier der Fussverkehr wirklich in Bedrängnis kommen würde. Wir haben dort die Verbindung zwischen einer Tramhaltestelle und Hotels, also auch da, ich glaube, das ist doch ein Übergang, der doch frequentiert wird und deshalb, glaube ich wirklich, hier ist so eine Stelle, die wir nicht öffnen sollten für den Fussverkehr.

Wenn wir das tun, dann müssen wir das baulich anpassen. Das werden wir untersuchen, das werden wir machen. Wie gesagt, wenn wir ohnehin an dieser Strasse auch Sanierungsbedarf haben, dann müssen wir dort die Flächenverteilung insgesamt anschauen. Und weshalb wir das nicht sofort machen, ist auch der Grund, dass es eben auch hier eine Umfahrroute gibt, die zuzumuten ist, die grundsätzlich sicher ist.

Deshalb bittet Sie die Regierung, diesen Anzug abzuschreiben, um eben nicht neue Konflikte zwischen Velofahrenden und zu Fuss Gehenden zu schaffen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Bruno Lötscher und Konsorten als erledigt abzuschreiben. Jérôme Thiriet hingegen beantragt Stehenlassen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005737, 22.01.25 16:07:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug bleibt stehen mit 56 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

51. Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Meldepflicht für den Einbau von Dachfenster als Teil der Solar- und PV-Anlage, Schreiben des RR

[22.01.25 16:07:36, 22.5471.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es gibt keine Wortmeldungen.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

52. Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage, Schreiben des RR

[22.01.25 16:08:00, 22.5414.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte mit Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich glaube, es ist eine der kürzesten Antworten, die ich je auf einen Vorstoss erhalten habe. Es sind fünf Sätze, ich habe nachgezählt. Das ist absolut nachvollziehbar, wenn es keinen Rheintunnel gibt, dann gibt es natürlich auch keine Baustelle. Ich darf Sie aber trotzdem, auch im Namen der GLP fragen, oder wenn Sie schon da sind, hoffe ich, dass Sie die Antwort direkt mir geben können, was denn mit diesen Testplanungen geschieht, die hier eigentlich schon im Gange waren für diese Ersatzflächen. Weil wir wissen ja, dass das Kleinbasel gerade in diesem Bereich einfach notorisch unterversorgt ist mit Grünraum, mit Freiraum und wir sehen hier durchaus eine Chance, dass man diese Projekte auch weiterführen könnte.

Mit der Abschreibung sind wir in dem Sinne einverstanden, aber wenn Sie vielleicht diese Frage direkt beantworten können, bin ich Ihnen sehr dankbar und kann mir die Interpellation sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich versuche, diese spontane Frage gerne zu beantworten. Tatsächlich sind wir noch dran an einer Auslegeordnung, was das Nein zum Rheintunnel alles bedeutet. Was es aber in Bezug auf diese Untersuchungen sicher bedeutet, ist, dass uns vorerst der politische Auftrag auch dazu fehlt und damit auch die Mittel. Gerade bei diesem Perimeter unten am Rhein, der ja neu frei geschaffen worden wäre, von der Hafenbahn, wo ein direkter Zugang zum Rhein entstanden wäre, der begrünt worden wäre, da hätte das ASTRA natürlich einen grossen Teil der Kosten tragen müssen, weil sie eben zuständig gewesen wären für diese Ersatzflächen. Da würden uns substanzielle finanzielle Mittel heute fehlen, um das zu realisieren. Ich denke, andere Projekte wie der Klybeck-Rhein, der ja auch im näheren Perimeter von Klybeck plus ist, das wird weiterverfolgt. Aber ich denke, wir brauchen für diese Auslegeordnung auch noch etwas Zeit und es läuft ja auch noch der Stadtteilrichtplan Klybeck-Kleinhüningen, die Beteiligung mit der Bevölkerung und da holen wir auch allfällige, ich sage jetzt mal, Bedürfnisse ab und schauen, welche dieser Projekte wir weiterverfolgen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

53. Anzug Alex Ebi und Konsorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen, Schreiben des RR

[22.01.25 16:11:01, 22.5582.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Als Fraktionssprecher für die SVP hat sich Lorenz Amiet gemeldet.

Lorenz Amiet (SVP): An Sitzungstagen des Grossen Rates genehmige ich mir gelegentlich bei einer Bäckerei gleich hier um die Ecke bei der Globus-Baustelle, benannt nach einem Regierungsrat, zuständig für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, ein Kaffee und etwas Gebäck. Vor der Globus-Baustelle bedienten da in der Regel drei Leute, jetzt reicht eine Person. Ich habe die Dame kurz gefragt heute Morgen, wie es so sei mit der Laufkundschaft. Sie hat mir bestätigt, die Baustelle spürt man deutlich. Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, wenn Sie bei einer Autogarage eine Baustelle haben, die die Zufahrt für Automobile verunmöglicht, dann haben Sie auch deutlich weniger Kundschaft. Solche Dinge, selbst wenn sie je nachdem nur ein, zwei Monate dauern, können Ihnen das Jahresergebnis verhegeln.

Die Regierung sieht das auch ein, schreibt aber, dass man nur bei 20 bis 30 Prozent Umsatzeinbusse wirklich mit einer Entschädigung rechnen kann. Wenn Sie nun in der Innenstadt ein Ladengeschäft haben mit Fixkosten, Miete, Saläre, usw., dann entscheiden 20 bis 30 Prozent Umsatz über Gewinn oder Verlust. Ja, Sie können selbstverständlich die Kostenstruktur etwas optimieren, indem Sie Leute entlassen, dann später wieder einstellen, ob das in der Sache ist, lasse ich im Raum stehen. Es schmerzt insbesondere dann, wenn Baustellen über Jahre dauern, wie wir das ja auch erlebt haben in letzter Zeit gerade hier in unmittelbarer Nähe.

Grundsätzlich lässt sich also feststellen, das Problem, das Kollege Ebi angesprochen hat, existiert und es tut vielen kleinen Unternehmen weh. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob die Grenze von 5 Millionen Umsatz sinnvoll ist oder nicht. Ich verstehe die Regierung, dass sie sagt, okay, das ist eine willkürliche Grenze, wir wollen, dass alle gleichbehandelt werden und deshalb funktioniert das mit dieser Grenze nicht. Aber meine Damen und Herren, das ist ein Anzug und die Regierung könnte problemlos sagen, der Grosse Rat wollte hier die Situation für diese Unternehmen verbessern, aber diese Grenze müssen wir aufweichen. Also lösen wir das Problem und klammern uns nicht am Formalismus mit dieser 5 Millionen-Grenze. Aber die Regierung will das leider nicht, was wir sehr bedauern.

In der Hoffnung, dass Sie vielleicht doch noch uns folgen möchten, stelle ich hiermit den Antrag, dass wir diesen Anzug stehen lassen in der Hoffnung, dass die Regierung die 5 Millionen-Grenze aufweicht oder anders behandelt, aber für die kleinen Unternehmen in dieser Stadt das Problem mit diesen Baustellen und den massiven Umsatzeinbussen, die daraus resultieren, löst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Alex Ebi gemeldet.

Alex Ebi (LDP): Ja, es ist ein Anzug, wie Lorenz Amiet schon gesagt hat, und mir fehlt jeweils der Glaube daran, dass die Regierung wirklich unsere Anliegen auch ernst nimmt. Es haben, ich weiss jetzt nicht mehr genau wie viele, aber die Allermeisten haben da mitunterschieden, haben das auch mitgedruckt, damit wir den Anzug überweisen konnten und was ist die Folge, wir kriegen irgendwie wieder zweieinhalb Seiten Antwort, wobei anderthalb Seiten irgendwelche Paragraphen, Artikel sind und sonst irgendetwas, warum irgendetwas wieder nicht gehen soll, und dann steht noch am Schluss drin, die 5 Millionen, das sei eigentlich eine dumme Grenze und letztendlich gäbe es ja Härtefälle, wo man beantragen könnte. Die Härtefälle, wenn man das Reglement durchliest, da wird einem schon ganz angst und bange, da kriegt praktisch nie jemand irgendwie einmal Geld für das. Ich glaube, ein halbes Jahr muss der Weg zum Laden wirklich zu sein und wenn nur schnell eine Woche oder zwei Wochen wieder aufgemacht wird, fängt das halbe Jahr wieder von vorne an. Also die Hindernisse und die Hürden, damit man da Härtefallgeld bekommt, sind enorm hoch. Und darum wäre das eigentlich eine gute Lösung gewesen in Anlehnung an die Corona-Entschädigungen, dass man dort etwas aufbaut. Und nochmal, das ist ein Anzug, es ist nicht ein Befehl. Das wäre einfach das gewesen, was ich gedacht habe, was wir alle gedacht haben, als wir es überwiesen haben.

Die Verwaltung soll sich da Gedanken machen, was es da für eine gescheite und gute und auch vielleicht faire Lösung gibt, aber ich muss wirklich ganz enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass da überhaupt gar kein Wille vorhanden ist, das Kleingeschäft vom KMU auch zu unterstützen, wenn sie wirklich benachteiligt werden durch diese Baustellen. Wir haben alle die Baustellen in dieser Stadt schon gesehen, wir haben an jeder Ecke bald eine und es kommt einem manchmal so vor, dass die Handwerker bald die Baustellen als Lagerfläche benutzen. Da spaziert einer mit einem Helm herum und stellt den Bagger zweimal hin und her und dann sieht man ihn wieder den ganzen Tag nicht. Das ist natürlich subjektiv, das ist mir total klar, aber wenn du ein Ladenbesitzer bist und das auch noch beobachtest von deinem Laden aus und denkst, wann geht das denn da mal weiter, dann macht das natürlich doppelt wütend. Wir können herumlaufen und sagen, ja gut, jetzt fahren wir Tram und fahren weiter und alles ist gut, aber der Ladenbesitzer, der ist dort und der weiss nicht mehr, wie er die



Rechnungen zahlen soll. Und hier hätte ich wirklich gedacht, dass die Verwaltung das begriffen hat und sich etwas überlegt, wenn das schon so deutlich überwiesen wurde. Leider nicht.

Natürlich, wir sind alle für stehen lassen in der Partei, der «Chrüzlistich» sagt etwas anderes. Wir hoffen trotzdem, dass vielleicht noch ein paar Stehenlassen drücken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist uns absolut bewusst, dass diese Baustellen wirklich eine Belastung sind und wann immer möglich etablieren wir Bauarbeiten. Wir nehmen wirklich Rücksicht, wir schliessen die Baustellen bei Grossanlässen, damit diese Unternehmen Umsatz machen können, Weihnachtsmarkt, und, und, und. Gerade im Rahmen des Fernwärmeausbaus bemühen wir uns sehr stark, dass die Einschränkungen für die Geschäfte gering sind. Wenn die Auswirkung für ein Geschäft gross ist, dann hat es heute schon Anspruch. Es ist nicht ganz einfach, sich durch diese Papiere zu kämpfen, es muss ein Antrag geschehen, man muss als Unternehmen nachweisen, dass es eine grosse Einbusse gab über eine längere Zeit und ich denke, das ist aber auch richtig. Denn wir machen diese Infrastruktur ja nicht aus Spass, sondern dieses Licht, dieser Strom, all diese Dinge, das kommt dann wieder diesen Geschäften auch zugute. Es ist auch ein Feld, in dem es sehr viel, es tut mir leid, dass es da relativ juristisch wird, aber es ist ein Bereich, wo es viel Bundesrechtsprechung gibt, weil wir ja in Basel nicht alleine sind mit diesem Problem, und immer wieder kommt man zum Schluss, dass man als Unternehmen einen Teil der Belastung zu dulden hat, weil einem eben dann diese öffentlichen Services wieder zugutekommen.

Deshalb glaube ich, hier beispielsweise nur ein Teil der Unternehmen zu begünstigen mit dieser Grenze von 5 Millionen, das wäre sehr schwierig zu begründen gegenüber allen anderen Playern. Übrigens könnten auch private Forderungen stellen, Anwohnende, die stark belastet sind. Sie sehen, es wird da sehr schwierig, wirklich eine Gleichbehandlung herzustellen. Deshalb, es gibt heute diese Regelung, man kann Ansprüche stellen, wenn man stark betroffen ist, und ich glaube, wir müssen sonst vor allem jetzt in den nächsten 13 Jahren wirklich Wege finden, wie wir gemeinsam mit diesen Unternehmen einfach auch schauen, dass sie trotz diesen Bauarbeiten möglichst zugänglich, möglichst sichtbar sind und in einkaufsintensiven Zeiten wir die Zugänge möglichst gut halten können.

Ich darf Sie deshalb bitten im Namen der Regierung, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 33 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005741, 22.01.25 16:20:28]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 58 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.



54. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel", Schreiben des RR

[22.01.25 16:20:36, 23.5463.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Zu diesem Traktandum meldet sich als Einzelsprecherin Daniela Stumpf.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Der Regierungsrat hat auf meinen Anzug reagiert und erste Ansätze aufgezeigt, um die Beleuchtung als Mittel zur Verbesserung der Sicherheit zu nutzen. Diese Massnahmen sind ein Anfang, doch sie sind keinesfalls ausreichend, um den Anforderungen eines umfassenden Beleuchtungskonzepts für Basel gerecht zu werden. Es ist erfreulich, dass der Regierungsrat erkannt hat, wie wichtig die Beleuchtung für die Sicherheit ist und erste Schritte unternommen hat. Die Hotspots-Analyse, die Arbeitsgruppe LUX und die Pilotprojekte sind wertvolle Bausteine, die Erfolge an Standorten wie dem Birschli oder der Dreirosenanlage zeigen, dass Beleuchtung einen messbaren Effekt haben kann.

Doch anstelle eines stringenten Konzepts sehen wir eine Sammlung einzelner Massnahmen ohne klare Zielsetzung oder langfristigen Perspektiven. Eine flächendeckende Strategie, die alle neuralgischen Punkte berücksichtigt, fehlt. Ohne konkrete Evaluationskriterien bleibt unklar, ob die Massnahmen tatsächlich eine nachhaltige Wirkung haben. Sicherheit ist nicht nur eine Frage von Daten, sondern auch von Vertrauen. Die Bevölkerung muss stärker einbezogen werden, um sowohl subjektive als auch objektive Sicherheit zu steigern. Umweltfreundliche und finanzierbare Lösungen wurden im Bericht nur am Rande erwähnt.

Der Regierungsrat muss über die bisherigen Schritte hinausgehen. Wir fordern deshalb eine umfassende Beleuchtungsstrategie. Diese muss alle Hotspots berücksichtigen, klare Ziele setzen und langfristig finanzierbar sein. Klare Kriterien und regelmässige Berichte darüber, welche Massnahmen wie wirken, eine stärkere Einbindung der Bevölkerung, entweder durch Quartier-Workshops und Bürgerbeteiligungsformate, und natürlich auch Nachhaltigkeit im Fokus, Energieeffizienz und Umweltfreundlichkeit dürfen bei der Planung nicht vernachlässigt werden.

Der Regierungsrat schlägt vor, den Anzug abzuschreiben, doch wir sagen, das wäre ein Fehler. Der Bericht zeigt, dass wir erst am Anfang stehen. Lassen Sie den Anzug stehen, nicht nur als Erinnerung, sondern als Aufforderung, ein wirklich umfassendes Beleuchtungskonzept für Basel zu entwickeln, denn Sicherheit braucht Licht, aber auch Weitsicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Esther Keller das Schlusswort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, wir sind diese Thematik angegangen. Beleuchtung kann ein entscheidender Faktor sein, dass sich die Leute sicher fühlen, auch damit tatsächlich ein Ort sicherer wird und wir sind das ehrlich gesagt sehr pragmatisch angegangen und üblicherweise wünschen Sie sich das ja von der Verwaltung, dass wir das pragmatisch angehen und das haben wir auch. Es ist diese Arbeitsgruppe bestehend aus der Polizei und der IWB, die für die Beleuchtung zuständig ist. Die wird weiterhin tagen, diese Gruppierung, und wir haben eine App, die anzeigt, wo eben Hotspots sind und wir werden da reagieren. Ich denke, wir sollten zuerst einmal schauen, wir konnten da auch schon einige der Hotspots damit verbessern, ich glaube, es ist sinnvoll, hier pragmatisch vorzugehen. Und wenn man dann sehen würde, dass das überhaupt nicht funktioniert, könnte man reagieren, aber ich bin da sehr zuversichtlich, weil man eben schon sehr viele Stellen auch entschärfen konnte.

Deshalb glaube ich, ist das Anliegen des Vorstosses vorerst erfüllt und die Regierung bittet Sie hier, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug das erledigt abzuschreiben.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.



Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005743, 22.01.25 16:25:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 74 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

55. Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm, Schreiben des RR

[22.01.25 16:25:41, 24.5511.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Antworten aber lassen mich teilweise sehr fassungslos zurück, zeigen sie doch sehr deutlich, wie mangelhaft die BVB auf ein normales Ereignis, Schnee in einem Alpenland, vorbereitet waren. Es stimmt zwar, dass der Schneefall nicht nur in der Stadt Basel zu einem ÖV-Ausfall geführt hat, aber nirgends war der ÖV-Ausfall umfassender und nirgends in der Schweiz war er länger und das muss uns zu denken geben. Noch mehr zu denken gibt mir aber, dass die BVB nicht einmal den Notfallplan und Notfallstab aktiviert haben, wo doch schon seit Tagen vor diesem Schneefall gewarnt wurde. Ich frage mich deshalb, können die BVB keine Wetter-Apps interpretieren? Sind sie überfordert mit Wettervorhersagen oder was genau kann denn der Grund dafür sein, dass man diese Pläne nicht aktiviert hat? Auch der Umstand, dass wir in Basel über kein Schneepflugfahrzeug mehr verfügen, lässt mich etwas ratlos zurück. Es mag sein, dass ein solches Ereignis sehr selten vorkommt und es kann auch sein, dass die Kosten für ein solches Fahrzeug sehr hoch sind, aber die BVB haben in der Vergangenheit das Geld auch schon für weniger schlaue Dinge ausgegeben, so dass die Anschaffung dieses Fahrzeugs und weiterer Gerätschaften zur Bewältigung von letztlich normalen Wetterereignissen mehr als gerechtfertigt ist. Und das ist sicher erst recht gerechtfertigt, wenn man sieht, wie viele Menschen am 21. November kaum mehr nach Hause kommen konnten und in der Stadt gestrandet sind. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation zufrieden und hoffe, dass die BVB beim nächsten Mal besser vorbereitet ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Traktandum 56 Interpellation Nummer 146 Jean-Luc Perret betreffend Aufrechterhaltung des Trambetriebs bei extremen Wetterereignissen.

Der Interpellant hat schriftlich Stellung genommen zu den Antworten auf seine Interpellation und hat erklärt, dass er mit den Antworten zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

57. Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus, Schreiben des RR

[22.01.25 16:28:18, 24.5516.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Allerdings muss ich anmerken, dass die Antworten auf meine Fragen leider sehr knapp ausgefallen sind. Gerade weil die Beantwortung der Interpellation schriftlich erfolgte, hätte ich erwartet, dass sich die Regierung die nötige Zeit nimmt, um die aufgeworfenen Fragen ausführlicher und transparenter zu beantworten.

Die Antwort spricht meist von Geschossflächen, gefragt wurde nach Bauvolumen. Die vorgelegten Antworten sind deshalb in vielen Punkten schwer nachvollziehbar und lassen erhebliche Zweifel aufkommen. Der Baukubus auf dem Dach des Globus ist von sämtlichen Blickwinkeln gut sichtbar und kann nicht übersehen werden. Ich habe Ihnen ein Bild mitgebracht, das den Münsterhügel im Jahr 2017 und den Münsterhügel im Jahr 2025 zeigt. Man erkennt deutlich den Einfluss des neuen Daches mit dem darauf befindlichen Kubus, welcher mit einem roten Pfeil markiert ist.

In der Antwort zur Interpellation steht, ich zitiere: Das Volumen wurde gegenüber dem Vorgängerbau in der Höhe reduziert und gleichmässiger in die Breite verteilt. Wenn ich mir jedoch die Bilder anschau, die vom Nadelberg aus aufgenommen wurden, kann ich dieser Aussage nicht zustimmen. Weiter heisst es, ich zitiere: Dank dem niedrigen Dachaufbau, also dem Kubus, wird der Blick vom Marktplatz her auf den Münsterhügel verbessert, was städtebaulich harmonischer wirkt. Ob diese Aussage tatsächlich zutrifft, bleibt jedem Einzelnen überlassen und hängt stark vom eigenen ästhetischen Empfinden ab. Ich persönlich empfinde den neuen Dachkubus als voluminöser und dominanter in seiner Erscheinung als der Vorgängerbau.

Wenn ich die Fotos analysiere, wird es mir immer unverständlicher, dass das neue Volumen, also der Baukubus, von verschiedenen sensiblen einsehbaren Standpunkten in der Stadt auf seine beeinträchtigende Wirkung geprüft wurde, wie es in der Interpellationsantwort heisst. Der Baukubus stellt doch einen markanten Eingriff in das historische Stadtbild dar. Das Globus-Gebäude befindet sich in einer Schutzzone, die explizit darauf ausgelegt ist, das historische Ensemble des Münsterhügels zu bewahren und zu schützen. Vor diesem Hintergrund stellt sich mir die dringende Frage, wie konnte der Baukubus in dieser Dimension dennoch genehmigt werden. Gerade in dieser sensiblen Zone sollte der Schutz des baukulturellen Erbes höchste Priorität haben. Auch dies bleibt für mich schwer nachvollziehbar. Ich glaube, dass man hier den Bauherren doch sehr weit entgegengekommen ist. Wenn jetzt noch aus dem Mehrwertabgabefonds ein üppiger Beitrag gewährt wird, damit die Dachlandschaft begrünt werden kann, ist das doch äusserst grosszügig gegenüber der wechselvollen Geschichte der Bauherrschaft.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Antworten des Regierungsrats nicht die erhoffte Klarheit bringen und weit hinter meinen Erwartungen zurückbleiben. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

58. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Zwischenbericht des RR

[22.01.25 16:32:21, 22.5302.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um 4 Jahre zu erstrecken.

Wie schon vorher mal angemerkt, ist es so, dass die gesetzliche Grundlage aber nur 2 Jahre zulässt. Wir diskutieren also über eine Fristerstreckung von 2 Jahren. An dieser Stelle darf ich Conradin Cramer entschuldigen, der sich sehr freundlich abgemeldet hat für heute, er ist zusammen mit dem Kollegen Kaspar Sutter am WEF, der sich ebenfalls freundlich abgemeldet hat.

Zuerst frage ich Lukas Engelberger, ob er das Wort wünscht? Er wünscht es und hat es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion kritisiert die Umsetzung des revidierten Wohnraumförderungsgesetzes und der neuen Wohnraumschutzverordnung als zu bürokratisch. Sie fordert die Anpassung und Digitalisierung der Gesuchsformulare, zudem möchten sie sicherstellen, dass die Wohnschutzkommission sich selber organisiert.

Wir haben mit dem Wohnraumschutz eine schwierige Situation. Sie wissen das, verschiedene Seiten sind unzufrieden und wir haben deshalb auf dieses Thema einen Fokus gelegt. Es wurden im August auch bereits erste Massnahmen skizziert, die



auf Verordnungsebene umgesetzt werden können, damit der Vollzug vereinfacht werden kann. Es dürfen jedoch keine Wunder erwartet werden. Basel-Stadt hat einen starken Wohnschutz und dieser wird auch in Zukunft eine gewisse Bürokratie mit sich bringen. Allerdings schiessen wir nach der Auffassung des Regierungsrats in einigen Aspekten etwas über das eigentliche Ziel hinaus und das möchten wir angehen.

Zur vorliegenden Motion hat der Regierungsrat bereits letztes Jahr Stellung genommen. Die Hauptanliegen, die Überarbeitung der Formulare und die Selbstorganisation der Wohnschutzkommission, wurden erfüllt. Die Gesuchsformulare wurden von der Kommission vereinfacht, sie wurden gekürzt, die Kommission organisiert sich selber und sie tritt auch selber nach aussen hin auf. Einzig das Anliegen, dass die Gesuche digitalisiert werden, ist noch nicht umgesetzt. Nun ist natürlich die Digitalisierung dem Regierungsrat generell ein grosses Anliegen und wir haben nach Inkrafttreten der neuen Wohnschutzbestimmungen dieses Ziel auch vorangetrieben und wesentliche digitale Schnittstellen implementieren lassen. Es zeigt sich allerdings, dass die vollständige Digitalisierung der Formulare, also eben das dritte Anliegen der Motion, innert der gesetzten Frist nicht möglich ist. Die Weiterführung des Digitalisierungsprojekts erfordert als wichtigste Voraussetzung eine gefestigte Grundlage des Vollzugs, was derzeit noch nicht gegeben ist. Die Auslegeordnung, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass immer noch eine Rechtsunsicherheit besteht und diese Rechtsunsicherheit wird durch die politischen Diskussionen und die Unsicherheiten auch in der Rechtsprechung verstärkt.

Es sind dem Regierungsrat seit Juni 2024 vier Motionen zur Anpassung der Wohnraumschutzbestimmungen überwiesen worden. Vor den Gerichten sind verschiedene Verfahren zu Fragen des Wohnschutzes hängig und zudem werden Vereinfachungen der regierungsrätlichen Verordnung vorangetrieben. Sobald gefestigte Grundlagen vorliegen, wird das Digitalisierungsprojekt weitergeführt. Dafür braucht es etwas mehr Zeit, wir haben daher um 4 Jahre Verlängerung gebeten. Wenn Sie sagen, 2 Jahre seien das zulässige Maximum, dann bitten wir entsprechend um diese 2 Jahre und danken Ihnen für das Verständnis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erste Sprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Mir ist sofort eine Geschichte in den Sinn gekommen, als ich diese Stellungnahme des Regierungsrates gelesen habe. Diese Geschichte dürfte vielen von uns bekannt sein, die Abenteuer von Asterix und Obelix. Wir alle kennen das unbeugsame kleine gallische Dorf, das sich hartnäckig gegen die römische Besatzung wehrt. Mit Klugheit, List und einem Hauch Magie leisten sie Widerstand und halten an ihren traditionellen Wegen fest, trotz aller Fortschritte, die das römische Reich mit sich bringt. Doch heute sind wir nicht in Gallien und wir schreiben auch nicht das Jahr 50 vor Christus. Wir leben in einer Zeit, in der die Digitalisierung zu einer treibenden Kraft unserer Gesellschaft geworden ist. Dennoch gibt es in unserer Verwaltung eine kleine Einheit, die wie das gallische Dorf unbeugsam bleibt und sich gegen die Digitalisierung stemmt. Sie weigert sich, Formulare zu digitalisieren, obwohl die gesamte staatliche Verwaltung diese Entwicklung mit Nachdruck vorantreibt.

Ich möchte aber diesen Vergleich nicht überstrapazieren, da Asterix und Obelix eigentlich immer gegen die Römer gewinnen und das Präsidialdepartement eigentlich nach einer Fristverlängerung um 4 Jahre erfragt. Es argumentiert, dass im Moment viel in der Schwebe ist, Verordnung, Gesetz, Motionen, das alles brauche Zeit, bis die Verwaltung den Wohnschutz wie auch immer revidiert. Was ich dazu sagen kann, ist, dass diese Motion nicht verlangt, einen riesigen digitalen Hintergrundapparat, also nicht noch mehr Bürokratie aufzubauen, sondern sie verlangt lediglich, ein Formular und einige Prozesse zu digitalisieren und das kann auch provisorisch geschehen. Dazu braucht es nicht viel, jedenfalls keine 4 Jahre. Wir haben schön gestaunt, als wir diesen Antrag gelesen haben.

Deshalb beantragen wir, das heisst, die Fraktion des GAB und der SP, den Antrag des Regierungsrats abzulehnen bzw. die Anliegen dieser Motion bis 30. Juni 2025 umzusetzen. Und dadurch, dass diese Motion seit Oktober auf der Traktandenliste steht, finden wir diese Frist angemessen.

Noch kurz zu den weiteren Punkten der Motion und der Stellungnahme des Regierungsrates. Zuerst eine Feststellung. Mir ist schon mehrmals aufgefallen, dass das Präsidialdepartement die Wohnschutzkommission je nach Gusto oder Opportunität entweder als unabhängige Kommission oder als Verwaltungseinheit betrachtet. Weiter bestreiten wir einmal mehr, dass Motionen keinen Einfluss auf die Verwaltungsorganisation haben. Und zum Schluss, wir freuen uns, dass die Wohnschutzkommission seit einiger Zeit die Formulare entbürokratisiert und vereinfacht hat. Dass es dazu gekommen ist, ist der Mieterseite der Kommission zu verdanken. Schwierig wird es aber werden, wenn der Regierungsrat durch die Verordnungs- oder durch die Gesetzesrevision den Wohnschutz stark vereinfacht, dass am Schluss das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Dagegen werden wir uns entschieden wehren wie das bekannte gallische Dorf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Ich kann nahtlos dort weitermachen, wo meine geschätzte Vorrednerin Patrizia Bernasconi aufgehört hat. Auch die Fraktion der SVP beantragt Ihnen, nicht dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Ich finde es sowieso lustig, wenn man 4 Jahre beantragt, obwohl das gar nicht möglich ist. Vielleicht führt das auch ein bisschen zur Diskussion über die Vorbereitung von Geschäften des Regierungsrates.

Wir haben ähnlich gestaunt wie Frau Bernasconi, als wir diesen Bericht gelesen haben, wenn es auch um diesen Punkt der Digitalisierung geht. Frau Bernasconi hat jetzt Asterix und Obelix bemüht dafür, mir ist jetzt da spontan Troubadix, der Barde, in den Sinn gekommen, der in einem Haus auf dem Baum wohnt und wenn jetzt der so ein Formular ausfüllen müsste, wäre der wahrscheinlich ebenfalls sehr überfordert, um aus diesem Baumhaus ein vielleicht normales Haus zu machen. Und die Argumente des Regierungsrates, weshalb er nun hier 4 oder dann allenfalls nur 2 Jahre zusätzlich dafür Zeit haben soll, erschliessen sich für uns nicht.

Wir haben in den vergangenen Tagen wieder gelesen, wie schwierig es ist im Kanton Basel-Stadt in diesem Umfeld etwas zu bauen. Es gibt hier wahrscheinlich unterschiedliche Gründe dafür, man kann es auch unterschiedlich betrachten, was die Gründe dafür sind. Ich möchte das jetzt auch gar nicht bewerten, weil wir sonst wieder in einer Wohnschutzdiskussion sind, was wir aber sicher sagen können, ist, unabhängig der Frage, welchen Wohnschutz wir uns in diesem Kanton wünschen unter Berücksichtigung der Volksentscheide, die Prozesse müssen deutlich schneller werden. Das muss im Interesse aller sein, egal auf welcher Seite wir bei der Wohnschutzdebatte oder bei der Wohnschutzdiskussion stehen, und hier stellen wir fest, und da sind wir sehr auch bei den Ausführungen von Frau Bernasconi, dass das zuständige Bau- und Gastgewerbeinspektorat vor allem hier sicherlich ein Potenzial hat, sich zu verbessern und ganz generell alle Stellen, die im Bereich des Wohnschutzes involviert sind, sollten hier ebenfalls Hand dazu bieten, dass solche Dienstleistungen, die ja letztlich auch bis zu einem gewissen Grad erbracht werden, möglichst einfach sind. Es stimmt, wie der Regierungsrat in seinem Schreiben ausführt, dass die Seitenzahl der Formulare deutlich reduziert worden ist, aber ich bin überzeugt, und wenn man mit Personen spricht, die auch in diesem Bereich tätig sind und sich auskennen, dass man auch hier noch einmal schlanker werden könnte, so dass auch hier noch einmal eine deutliche Vereinfachung möglich ist, ohne dass dadurch irgendetwas im Prozess tangiert wäre.

Gleichzeitig ist es tatsächlich so, dass es für uns auch nicht Sinn macht, nun zu sagen, wir warten weitere 2 Jahre, bis wir bei der Digitalisierung in diesem Bereich einen Schritt vorwärtsgehen. Der Kanton Basel-Stadt ist bekannt dafür, dass es sonst fast überall immer der vorbildlichste Kanton sein möchte, überall ein bisschen mehr macht als alle anderen, aber ausgerechnet dort scheint er zumindest überfordert zu sein oder zumindest nicht willens und fähig rascher vorzugehen, das erschliesst sich für uns wirklich nicht. Wir erhoffen und wünschen uns hier wirklich von der Regierung, dass sie schneller vorwärtsght und deshalb beantragen wir Ihnen ebenfalls, dass wir die Frist nur dem Regierungsrat bis zum 30. Juni 2025 gewähren. Das ist noch einmal ein halbes Jahr und wenn man bedenkt, dass dieses Schreiben des Regierungsrates, wie Frau Bernasconi ebenfalls schon ausgeführt hat, bereits im September uns zugestellt wurde, hat der Regierungsrat somit noch einmal 9 Monate Zeit erhalten. Wir glauben, das ist angemessen, insbesondere weil die Motion bei der Überweisung eine Umsetzung der Massnahmen innerhalb von 6 Monaten gefordert hat und die Motion ist nun doch auch schon ziemlich genau 2 Jahre alt. Wir glauben deshalb, es ist angemessen, dass nun der Regierungsrat dies priorisiert in diesem Bereich. Wenn wir es schaffen, innerhalb von wenigen Monaten eine Grossveranstaltung über die Bühne zu bringen, dann glaube ich, sollte es der Regierungsrat mit seinen doch nicht ganz wenigen Mitarbeitenden, wertneutral formuliert, in der Verwaltung auch schaffen, in diesem Bereich, in der Digitalisierung schneller und auch etwas praktischer vorwärts zu gehen.

Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen und die Frist dem Regierungsrat nur bis zum 30. Juni 2025 zu verlängern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich kann mich anschliessen an die Voten meiner Kollegin und meines Kollegen von der Finanzkommission. Wir sprechen ja in dieser Finanzkommission immer wieder sehr viel Geld für die Digitalisierung in allen Departementen und ich war da auch schon ein bisschen erstaunt, ich kann jetzt nicht aus dem Kommissionsgeheimnis reden, aber schon erstaunt, dass man bei gewissen Orten eigentlich gar keine Effizienzgewinne am Schluss erwartet von dieser Digitalisierung, was natürlich auch ein bisschen die Haltung zeigt, wie man mit diesem Thema umgeht.

Die FDP unterstützt, was die Vorredner gesagt haben, die Frist 30. Juni.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich schliesse mich auch im Wesentlichen den Vorredner an. Aus Perspektive der LDP-Fraktion möchte ich noch betonen, dass man natürlich das gerne liest, dass auch die Regierung sehr bemüht ist, die Verwaltung möglichst effizient und schlank zu gestalten. Wir sind im Wesentlichen der Ansicht, dass der Digitalisierungsprozess, auf den man jetzt



verweist, dass die Verordnung angepasst werden soll oder wird, was ja eigentlich auch positiv ist, aber wir sehen das nicht als Argument, eine so lange Frist, zunächst 4 Jahre und jetzt 2 Jahre zu argumentieren und stellen uns auch hinter die Forderung der genannten Frist bis 30. Juni 2025 und denken, das ist gut, hier den Druck aufrecht zu erhalten. Der Digitalisierungsprozess generell, auch bei den Baubewilligungsverfahren im BGI, der ist ja am Laufen und darum sollte man das natürlich jetzt mitdenken, aber den Druck aufrecht zu erhalten, das ist tatsächlich im Interesse auch der Branche.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie scheinen unisono hier auf Miraculix zu setzen, das bleibt Ihr Recht, aber ich muss darauf hinweisen, dass wir diesen Fahrplan, so wie Sie sich das wünschen, Abschluss bis Ende Juni nicht für realistisch halten und ich bin doch froh, wenn Sie das auch so entgegennehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen zwei verschiedene Anträge vor. Zum einen jener des Regierungsrats auf Fristerstreckung auf 4 Jahre. Allerdings sind nur 2 Jahre möglich, das heisst, die eine Option sind 2 Jahre und dann gibt es den Antrag von Patrizia Bernasconi und weiteren, eine Frist bis 30. Juni 2025 zu setzen. Das heisst, wir stimmen ab zwischen den verschiedenen Fristoptionen.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Fristerstreckung nur bis 30. Juni gemäss Antrag GAB

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005748, 22.01.25 16:48:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist bis 30. Juni 2025 zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Frist bis zum 30. Juni 2025 erstreckt mit 80 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

59. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Unterzeichnung der Lohnleichheitscharta aller Betriebe mit kantonaler Beteiligung, Schreiben des RR

[22.01.25 16:49:12, 22.5338.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.



60. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund, Schreiben des RR

[22.01.25 16:49:41, 20.5267.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Als erste Fraktionssprecherin hat sich Barbara Heer für die SP gemeldet.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion und des GAB beantrage ich Ihnen, diesen Anzug, der damals von der Migrantensession erarbeitet worden ist, nochmals stehen zu lassen. Zum ersten möchte ich mich bedanken bei der Verwaltung und der Regierung für die Auseinandersetzung mit der Thematik und auch bei HEKS, die aufgrund von dem Anzug jetzt ein Programm MasKu umsetzt, Mann sein zwischen den Kulturen heisst das Programm. Inhalt sind moderierte Gesprächsrunden für Männer mit Fluchterfahrung oder Migrationsbiografie. 2023 hat HEKS dafür finanzielle Unterstützung für den Aufbau des Pilots im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP) erhalten von Restmitteln, dann haben wir auf Antrag der JSSK genau vor einem Jahr diese Gelder verstetigt im Rahmen von einem Staatsbeitrag.

Dennoch gibt es zwei Gründe, wieso wir den Anzug jetzt nochmals stehen lassen möchten. Erstens gibt es aus unserer Sicht in der Berichterstattung zum Anzug gewisse Anzeichen, die man möglicherweise so interpretieren könnte, dass nicht ganz klar ist, ob das Programm noch weitergeführt werden soll. Wir begrüssen natürlich sehr, dass in der Anzugsbeantwortung die Herausforderungen sehr transparent dargestellt sind, möchten aber wirklich auch mitteilen, dass es wichtig ist, dem Programm Zeit zu geben, auch Betreff methodischen Fragen, neue Ansätze zu finden, das weiterentwickeln und dazu auch Expertise von zum Beispiel *maenner.ch* oder dem Männerbüro beizuziehen, was teilweise auch schon gemacht wird. Es ist Pionierarbeit, das braucht Zeit, verschiedene Ansätze und Methoden müssen ausprobiert werden und wir möchten diesen Anzug stehen lassen, um noch einfach mal zu sagen, dass dieses Programm politisch gewollt ist und dann 2026, wenn dann eben die Weiterführung überprüft werden soll, das doch eben wirklich auch gemacht wird und uns nochmal dazu berichtet wird.

Der zweite Grund für das Stehenlassen ist, dass aus unserer Sicht eine Frage, die der Anzug aufwirft, noch nicht zu unserer Befriedigung beantwortet wird, nämlich das Anliegen, dass es nicht nur Unterstützung, sondern auch konkrete Beratungsangebote für männliche Geflüchtete geben soll, die auch eine geschlechterreflektierte Perspektive einnimmt. Konkret will ja der Anzug, dass das Männerbüro ein spezifisches Beratungsangebot für diese Zielgruppe erarbeitet. Stand heute, wie in der Anzugsbeantwortung ausgeführt, haben auch Männer mit Migrationshintergrund oder Fluchthintergrund theoretisch Zugang zu dem polyvalenten Beratungsangebot des Männerbüros. Transkulturelle Kompetenzen oder auch ein Angebot in verschiedenen Sprachen oder Übersetzungen fehlen aber.

Deshalb sind wir mit der Antwort nicht zufrieden. Das Anliegen ist uns wichtig und wir bitten die Regierung wirklich zu prüfen, dass der Leistungsauftrag des Männerbüros erweitert wird um ein transkulturelles mehrsprachiges Angebot oder ob ein solcher Auftrag an eine andere Institution gegeben werden kann. In dem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschneiden. Barbara Heer möchte ihn stehen lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005751, 22.01.25 16:54:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen



Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich für stehen lassen entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

61. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Netto-Null-Konzept für die Verwaltung, Schreiben des RR

[22.01.25 16:54:50, 21.5746.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

62. Anzug Raffaella Hanauer betreffend Schlüsse ziehen aus der Coronakrise für die Klimakrise, Schreiben des RR

[22.01.25 16:55:18, 20.5146.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

63. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan, Stellungnahme des RR

[22.01.25 16:55:42, 24.5205.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 3 Jahre. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion fordert, dass der kantonale Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus um weitere Formen rassistischer Diskriminierung ergänzt und in eine Gesamtstrategie gegen Rassismus eingebettet wird. Der Regierungsrat teilt und begrüsst das Anliegen grundsätzlich und wir anerkennen den Bedarf, die Bereiche Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung und Antisemitismus zu stärken.

Da der Motionstext jedoch nicht eindeutig rechtlich zulässig ist, möchte der Regierungsrat ihn als Anzug entgegennehmen. Es wird bei der rechtlichen Zulässigkeit in Variante 1 nur ein kleiner Teil der Motion berücksichtigt, nämlich die Passage: Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, binnen dreier Jahre eine kantonale Strategie gegen Rassismus inklusive



departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Würde allein dieser Teil der Forderungen berücksichtigt, dann wäre die Motionsforderung nicht sehr konkret und inhaltsreich.

Variante 2 ist nur teilweise zulässig. Mit einer Motion ist es nicht möglich, Aufgaben einer bestimmten Dienststelle in der Verwaltung zuzuweisen. Dies würde den Handlungsspielraum des Regierungsrats zu stark einengen und das möchten wir nicht. Hingegen möchten wir durchaus die diversen im Motionstext genannten Forderungen und Handlungsfelder prüfen und das wäre möglich. Das möchten wir tun, wenn Sie uns das als Anzug mitgeben.

Wie Sie wissen, hat die Schweiz internationale Übereinkommen ratifiziert, die uns dazu verpflichten, uns für die Beseitigung von Rassendiskriminierung für den Schutz von Minderheiten einzusetzen. Die Bundesverfassung und gesetzliche Grundlagen halten ebenfalls den Schutz vor Diskriminierung fest. Der Kanton Basel-Stadt ist zudem seit 2013 Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und hat sich dazu verpflichtet, einen aktiven Beitrag gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu leisten.

Es gibt allerdings in der Schweiz derzeit keine allgemeine Antidiskriminierungs-Gesetzgebung, welche als Rahmen für den effektiven Schutz vor Diskriminierung und das Einfordern desselben dienen könnte. Das eidgenössische Parlament hat deshalb den Bundesrat beauftragt, eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus zu erarbeiten. Die Resultate der Anhörungen und Workshops der Bundesbehörden sollten bei der Entwicklung der kantonalen Strategie und der Priorisierung von Handlungsfeldern und Massnahmen noch berücksichtigt werden können. Basel-Stadt tauscht sich regelmässig mit dem Bund und anderen Städten und Gemeinden und auch Kantonen in diversen Gefässen zu Rassismusthemen aus.

Ich möchte darauf hinweisen, dass schon heute in den Departementen natürlich Massnahmen zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung und Antisemitismus umgesetzt werden, beispielsweise im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms oder ganz allgemein in der Volksschule. Der Kanton ist zudem daran, wie vom Parlament beauftragt, einen kantonalen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus zu entwickeln. Der Bundesrat hat schon früher darauf hingewiesen, dass ein Aktionsplan nicht nur die Bekämpfung des Antisemitismus, sondern die Bekämpfung des Rassismus im Allgemeineren beinhalten sollte und wir beabsichtigen ebenfalls, die beiden Massnahmenpläne zu koordinieren und in einer Gesamtstrategie zusammen zu bringen.

Aus diesen Überlegungen sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns den Auftrag in Form eines Anzugs mitgeben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Erste Fraktionssprecherin ist die Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa haben derzeit starken Aufwind. Sie verbreiten Hass und diskreditieren migrierte Geflüchtete und People of Color, was sehr besorgniserregend ist. Alltag Rassismus und rassistisch konnotierte Diskriminierungen nehmen zu. Die hetzerischen Aussagen der rechtsextremen Parteien aus Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich, um nur unsere Nachbarsländer zu nennen, nehmen zu. Und ja, auch in der Schweiz nehmen rassistische, abwertende Äusserungen über Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung und People of Color in Alltagssituationen zu. Dabei scheinen sich die Grenzen des Sagbaren im Alltag und im Netz laufend auszudehnen. Das ständige Wiederholen, wie schlecht Migrierte und Geflüchtete sind und dass sie, dass wir für das Elend der Welt verantwortlich sind, hat System. Je häufiger etwas wiederholt wird, desto mehr beginnen die Menschen daran zu glauben.

Mir ist bewusst, dass viele Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, sichtbar oder im übertragenen Sinn innerlich die Augen rollen, wenn über das Thema Rassismus gesprochen wird. Oft wird gedacht, nicht schon wieder, das hatten wir doch schon. Aber für Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion oder aufgrund ihrer Hautfarbe rassistische Anfeindungen und Ausgrenzung erleben, ist Rassismus eine Realität, die tief im Alltag verankert ist. Rassismus verletzt die Menschenwürde, die Seele und den Selbstwert eines Individuums. Rassismus und Antisemitismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Deshalb ist die Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit einem Massnahmenplan, so wie in der vorliegenden Motion von Fleur Weibel gefordert, dringend notwendig.

Der Regierungsrat schlägt in seiner Stellungnahme zum vorliegenden Vorstoss vor, die Motion als Anzug zu überweisen. Wir haben es gehört. Als Begründung gibt er unter anderem an, dass zwei Verständnisvarianten des Motionstextes vorliegen, wobei eine Variante rechtlich nur teilweise zulässig wäre. Die SP-Fraktion will aber die Motion in der Variante 1 verstanden wissen. Die Forderung in dieser Varianten lautet: Der Regierungsrat wird beauftragt, binnen dreier Jahren eine kantonale Strategie gegen den Rassismus inklusive departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Die Motion mit dieser Verständnisvariante nochmals der Regierung als Motion zu überweisen, ist somit nicht nur rechtlich zulässig, sondern lässt der Regierung und den zuständigen Fachstellen auch die nötige Flexibilität in der Umsetzung der auch vom Regierungsrat geteilten Grundanliegen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.



Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich erst lange hin und her überlegt, wie wir mit dieser Motion umgehen sollten und wir haben uns jetzt dazu entschieden, dass wir auch damit leben können, dass diese Motion als Anzug überwiesen wird und ich das dementsprechend so beantrage. Wir wollen nicht, dass diese Motion als Motion überwiesen wird, weil wir nicht der Meinung sind, dass wir jetzt einfach einmal zusätzliche neue Stellen schaffen würden und dann irgendeine Strategie in den Raum gestellt wird und dann am Ende des Tages doch wenig Mehrwert daraus resultiert. Die Haltung des Regierungsrates hat uns überzeugt, dass man es auch mit dem Anzug von meiner Seite, der den Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus fordert, dass man hier gemeinsam prüfen und berichten kann und dann am Ende des Tages vielleicht schauen kann, wo wir gewisse Mehrwerte finden und wo es auch mit dem Bund genau koordiniert werden kann.

Erlauben Sie mir vielleicht noch eine Grundbemerkung zu diesem Ganzen. Auch die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir auch insbesondere Antisemitismus bekämpfen sollten, aber dann wäre es auch gut, wenn wir in diesem Kanton dann auch den Antisemitismus erkennen, wenn Antisemitismus existiert. Wenn Universitäten besetzt werden und eine Intifada gegen Israel gefordert wird, dann ist das Antisemitismus und trotzdem wurde in diesem Rat die Resolution von David Jenny bezüglich Uniresolution nicht überwiesen. Wenn an Demonstrationen free Palestine gerufen wird und der Davidstern durchkreuzt wird mit einem Hakenkreuz, dann ist das Antisemitismus und trotzdem durften hunderte von Antisemiten mehrfach in diesem Kanton durch die ganze Stadt laufen. Und wenn jüdische Mitbürger, israelische Mitbürger boykottiert werden, weil sie sich nicht ausschliesslich von Israel distanzieren, dann ist das ebenfalls Antisemitismus. Aber wenn dann trotzdem die Haltung in diesem Rat von einem grossen Teil hier vertreten wird, ich erkenne hier keinen Antisemitismus, nur Israel-Kritik ist noch lange kein Antisemitismus, dann sind Sie auf dem linken Auge teilweise blind. Damit meine ich nicht die Motionärin, mit der Motionärin hatte ich auch im Vorfeld von dieser Motion ein relativ gutes und ein konstruktives Gespräch, aber es kommen immer mal wieder gewisse Szenen vor, wo dann einfach dieser Antisemitismus nicht erkannt wird, wo er weggeschwiegen wird und wo er auch einfach ignoriert wird und das ist aus Sicht der SVP-Fraktion ebenfalls problematisch und da hatten wir in den letzten Monaten ein paar Male solche Situationen.

Ich kann Ihnen sagen, die SVP-Fraktion ist eine anständige konservative Fraktion. Wir sind für eine restriktive Migrationspolitik, aber wir sind nicht für Diskriminierung, deshalb können wir damit leben, dass wir dies heute hier als Anzug überweisen. Wir sind ganz sicherlich nicht die Fraktion, welche Nazis oder Rechtsextrem den roten Teppich ausrollen wollen, da kann ich für jedes Fraktionsmitglied von uns die Hand ins Feuer legen, aber es soll dann bitte auch der Antisemitismus erkannt und auch darauf reagiert werden, wenn er existiert und das war in den letzten Monaten häufig nicht der Fall.

Balz Herter (Mitte-EVP): Herr Messerli, nehmen Sie die Zwischenfrage von Amina Trevisan an? Sie wird angenommen.

Amina Trevisan (SP): Können wir uns einfach einigen, dass es grundsätzlich falsch ist, wenn Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit oder aufgrund von weiteren Merkmalen abgewertet, diskreditiert und ausgegrenzt werden? Können wir uns einfach auf das einigen?

Pascal Messerli (SVP): Ja, natürlich, das ist auch ein Mitgrund, warum die SVP proaktiv sich dafür entschieden hat, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich danke der Regierung für die differenzierte und wohlwollende Stellungnahme zu meinem Motionstext und es freut mich jetzt auch, von Pascal Messerli gehört zu haben, dass die SVP dieses Geschäft als Anzug unterstützen würde. Im «Chrüzlistich» habe ich ein Minus gelesen, deshalb freut mich, dass die SVP sich doch auch zu einer Anzugsüberweisung bereit erklärt. Tatsächlich schliesst ja dieses Geschäft auch an den Anzug von Pascal Messerli zur Bekämpfung von Antisemitismus an und es geht eben genau darum, Antisemitismus und weitere Formen rassistischer Diskriminierung zusammen zu denken und in einer gesamthaften kantonalen Strategie einzubetten mit einem entsprechenden departementsübergreifenden Massnahmenplan.

Zur Stellungnahme der Regierung und jetzt auch zum Antrag der Regierung, die Motion als Anzug zu überweisen, möchte ich zunächst um Nachsicht bitten, dass der Motionstext tatsächlich nicht ganz konsistent formuliert wurde. Das ist daran



geschuldet, dass es meine erste Motion ist und deshalb ich auch noch in einem Lernprozess bin. Die nächste Motion wird dann klarer formuliert. Die Regierung gibt aber tatsächlich eine sehr gute Interpretationsmöglichkeit meiner Motionsforderung an, das hat Amina Trevisan auch im Namen der SP ausgeführt. Es geht darum, dass die Regierung beauftragt wird, binnen dreier Jahre eine kantonale Strategie gegen Rassismus inklusive departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Weitere Ausführungen, die im Motionstext gemacht sind, sind im Sinne eines Inputs zu verstehen, wobei es nicht darum ging und es mir fern liegt, auch in den Verantwortungsbereich der Regierung einzugreifen.

Auch ich beantrage deshalb, den Motionstext im Sinne dieser Variante 1, die von der Regierung auch so aufgeführt wird, zu verstehen und damit ist es dann auch keine, wie Regierungsrat Engelberger gesagt hat, nicht ganz konkrete oder leere Forderungen, ich weiss nicht mehr genau, was die Formulierung war, sondern damit fordert die Motion eben genau das, was im Kanton Basel-Stadt im Moment noch nicht vorliegt und was die Regierung auch in der Beantwortung der Motion schreibt, dass nämlich im Kanton Basel-Stadt dieser noch nicht über eine gesamtkantonale Strategie und keinen entsprechenden Aktionsplan zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung verfügt und genau das ist das, was die Motion fordert.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, die Motion jetzt ein zweites Mal als Motion zu überweisen, um die Frist, die auch gesetzt wird, diese 3 Jahre beizubehalten und der Regierung diesen verbindlichen Auftrag zu geben, den die Regierung ja auch bereit ist entgegenzunehmen und ihr dabei allen Gestaltungsraum zu lassen, den sie natürlich auch hat und deshalb möchte ich im Verständnis der Variante 1 Sie bitten, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Amina Trevisan und Fleur Weibel beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005755, 22.01.25 17:12:29]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 56 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

64. Anzug Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Anerkennung, Entschädigung und gerechtere Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit, Schreiben des RR

[22.01.25 17:12:36, 20.5362.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



65. Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur, Schreiben des RR

[22.01.25 17:13:02, 24.5518.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich hatte Ihnen bereits bei der Rahmenausgabenbewilligung für diese Kulturvermittlungsprojekte dargelegt, weshalb ich wahrscheinlich mit dieser Interpellationsbeantwortung nicht zufrieden sein kann. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass Kulturvermittlungsprojekte auch erst dann mit Steuergeldern unterstützt werden sollen, wenn sie erfolgreich zu einem Abschluss gekommen sind. Schliesslich gibt es auch keine Literaturpreise für ein Buch, wenn dieses noch nicht geschrieben ist, sondern erst der Titel feststeht, und es gibt auch keine Sportmannschaft, die einen Preis erhält, wenn sie nicht erfolgreich ist und erst am Trainieren. Daher erkläre ich mich als nicht befriedigt mit der Beantwortung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

66. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II, Schreiben des RR

[22.01.25 17:14:22, 22.5329.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für den Regierungsrat hat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Selbstverständlich misst der Regierungsrat und das für die Bildung zuständige Erziehungsdepartement dem bildungspolitischen Ziel von Bund und der kantonalen Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren, dass 95 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren ein Bildungsabschluss auf Sekundarstufe II erreichen soll, eine sehr hohe Bedeutung zu. Und ja, als Erziehungsdirektor bin ich nicht damit zufrieden, dass wir in Basel bei etwa 85 Prozent, also 10 Prozent vom Ziel entfernt liegen. Wichtig ist mir zu betonen, dass das 95-Prozent-Ziel ein strategisches Ziel des Erziehungsdepartements ist. Wir verfolgen dieses Ziel bereits aktiv und mit Nachdruck. Ich führe dies gerne aus.

Anfang 2024 wurde am Erziehungsdepartement das Projekt Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell (LiB) lanciert. Das oberste Ziel dabei ist die Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe II. Das ist ein gemeinsames Projekt der Bereiche Volksschulen und Mittelschulen und Berufsbildung und nimmt sich in Teilprojekten viele der im Anzug aufgegriffenen Thematiken an. Wir werden zum Beispiel genau analysieren, wie wir die auch im Anzug erwähnten Risikogruppen, Jugendliche, die im Ausland geboren wurden, spät Migrierte, dabei unterstützen. Wir werden das Thema Ausbildungsobligatorium, wie es die Kantone Genf und Tessin nicht unlängst eingeführt haben, überprüfen und wir werden Massnahmen erarbeiten, dass Jugendliche und ihre Eltern in der beruflichen Orientierung während der Volksschule, also bei der Berufswahl noch besser unterstützt werden können. Wenn wir hier die passenden Weichen stellen, erreichen wir, dass die Jugendlichen zufrieden sind mit ihrer Berufswahl. So verhindern wir Ausbildungsabbrüche und tragen zur Erhöhung der Abschlussquote bei. Eine breit abgestützte Steuergruppe, darunter mit Vertretern aus den Wirtschaftsverbänden und Arbeitnehmervertretungen, begleiten das Projekt.

Wie Sie gehört haben, ist das ED also bereits sehr aktiv daran, die im Anzug aufgegriffene Thematik zu bearbeiten. Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.



Melanie Nussbaumer (SP): Ich muss zugeben, ich habe schlecht gepokert. Ich habe gedacht, dass das 66 nicht mehr reicht, jetzt ist das wahrscheinlich das letzte Geschäft. Aber ich habe ein gutes Argument auf meiner Seite, und zwar geht es ja um die Abschlussquote in Basel-Stadt, die sehr tief ist, und ich glaube, hier sind wir uns alle einig, dass das ein Problem ist und dass wir das angehen müssen. Jetzt habe ich gesehen, dass sogar die Handelskammer beider Basel und auch der Gewerbeverband das so sieht und die haben auch empfohlen in ihrem Mailing an uns alle, dass man diesen Anzug stehen lassen soll, weil man eben das Problem angehen muss. Es wird schon angegangen, Mustafa Atici hat das gut ausgeführt, es werden Sachen gemacht, es ist eine Strategie geplant, was ich wirklich super finde und auch sehr wichtig. Ich finde aber, wir können den Anzug stehen lassen, um uns in zwei Jahren nochmals informieren zu lassen, was gegangen ist, welche Massnahmen jetzt wirklich ergriffen wurden, um auch hier wirklich up to date zu sein nochmals in zwei Jahren.

Wir haben ja gleichzeitig die Motion von Joël Thüring ein erstes Mal überwiesen, dass es eben ein Ausbildungsobligatorium geben soll. Auch da wissen wir noch nicht, was bei eine Zweitüberweisung passiert und wir haben auch damals bei der Erstüberweisung schon gesagt, dass natürlich ein Ausbildungsobligatorium an sich alleine nichts oder nicht so viel bringen wird. Es braucht zusätzliche Massnahmen, es braucht Begleitmassnahmen, um die Jugendlichen mitzunehmen, um sie zu unterstützen, um zu diesen Abschlüssen zu kommen und dafür ist eben mein Anzug oder unser Anzug gut, weil darin nicht nur ein Ausbildungsobligatorium gefordert wird, sondern auch andere Massnahmen gefordert werden oder angeschaut werden sollen, die diese Jugendlichen dann breiter unterstützen, als einfach ein Obligatorium ihnen aufzuladen.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn Sie unseren Antrag der SP-Fraktion unterstützen, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug von Melanie Nussbaumer als erledigt abzuschreiben. Melanie Nussbaumer beantragt, stehen lassen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Melanie Nussbaumer

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005759, 22.01.25 17:20:43]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 57 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

67. Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23, Schreiben des RR

[22.01.25 17:20:50, 22.5176.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



68. Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen, Schreiben des RR

[22.01.25 17:21:17, 22.5402.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wer eine Fachmatur, eine Matur oder einen Lehrabschluss in der Tasche hat, sichert sich im Verständnis des Bundes und der Kantone die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen. Gemäss der Definition des Bundes und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren haben diese Personen das bildungspolitische Ziel eines Abschlusses auf Sekundarstufe II erreicht. Lehrabsolventinnen und -absolventen, um die es in diesem Anzug geht, haben dieses Ziel erreicht und sie haben Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie haben via Berufsmaturität Zugang zu den Fachhochschulen oder mit Berufsmaturität und einen Passerellenlehrgang von einem Jahr die Möglichkeit, an einer Universität zu studieren. Diese Angebote sind für Lernende mit Wohnsitz in Basel-Stadt bereits heute kostenfrei zugänglich. Es braucht hier also keine Weiterbildungsgutscheine, um ihnen diesen Zugang zu ermöglichen.

Somit bleibt noch das Anliegen für Weiterbildungsgutscheine für Lehrabsolventinnen und -absolventen zwecks Weiterbildung. Hier möchte ich dringlich davon abraten. Die Abgabe von Weiterbildungsgutscheinen ausschliesslich an einen Teil der Absolventinnen und Absolventen eines Abschlusses auf Sekundarstufe II würde der Chancengleichheit widersprechen und Gymnasiastinnen und Gymnasiasten benachteiligen. Was auch vergessen geht, Inhaberinnen und Inhaber eines eidgenössischen Fähigkeitsausweises haben mit ihrer höheren Berufsbildung, mit ihren Berufsprüfungen, höheren Fachprüfungen oder höheren Fachschulen ebenfalls direkten Zutritt zu den Bildungsabschlüssen Tertiärstufe und hier greift dann wiederum der bewährte Finanzierungsmechanismus der Berufsbildung, bei dem Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt als Verbund agieren.

Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle kommen wir zum Schlussteil der Sitzung und zuallererst zur Verabschiedung von verdienten Ratsmitgliedern aus unserem Gremium.

Zehn Mitglieder des Grossen Rats haben heute ihren letzten Sitzungstag. Es wurde zum Teil schon darauf hingewiesen. Ich möchte sie nun in alphabetischer Reihenfolge gebührend verabschieden und ich schlage vor, dass wir allen zusammen am Schluss einen sehr grossen Applaus zukommen lassen.

Lieber André Auderset, Sie sind seit dem 1. Februar 2010 Grossrat und waren damit volle 15 Jahre Mitglied in unserem Rat. Zuletzt waren Sie Mitglied der GPK und der Wahlvorbereitungskommission, die Sie auch präsidieren. Davor waren Sie Mitglied der Petitionskommission, der UVEK, der JSSK, der PUK Biozentrum und der IGPK Polizeischule Hitzkirch.

Lieber Lukas Bollack, Sie sind seit einem Jahr Mitglied im Grossen Rat und haben sich in der UVEK engagiert.

Lieber Beat Braun, Sie sind seit Oktober 2015 Mitglied des Grossen Rates und waren ebenfalls Mitglied der UVEK, zusätzlich Mitglied in der Begnadigungskommission sowie früher in der Petitionskommission.

Lieber René Brigger, Sie sind seit Februar 2013 Mitglied des Grossen Rates und haben seither ununterbrochen in der BRK politisiert. Es ist Ihr zweiter Abschied, waren Sie doch schon von 1988 bis 2003 Mitglied des Grossen Rates.

Lieber Raphael Fuhrer, Sie sind seit Juni 2016 Mitglied des Grossen Rates und seither auch Mitglied der UVEK, die Sie seit 2019 präsidieren. Von 2016 bis 2017 waren Sie auch Mitglied der Finanzkommission.



Liebe Pasqualine Gallacchi, Sie waren von 2011 bis 2017 und ab 2020 Mitglied des Grossen Rates, als Mitglied der GSK und der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel.

Lieber Gabriel Nigon, Sie sind seit Juli 2023 Mitglied des Grossen Rates und waren in dieser Zeit Mitglied der BRK und der JSSK. So wie es aussieht, ist Ihr Abschied nur vorübergehend. Ich bin zuversichtlich, dass wir Sie bald wieder in unseren Reihen begrüssen dürfen.

Lieber Daniel Sägesser, Sie waren seit Februar 2020 Mitglied des Grossen Rates und der UVEK.

Lieber Semseddin Yilmaz. Sie sind seit 2018 Mitglied des Grossen Rates und waren bis 2021 Mitglied der GSK und danach Mitglied der UVEK.

Liebe die Jennifer Schmid, Sie sind für diesen Monat zu uns gestossen und wir danken Ihnen für diesen Einsatz.

Wir verabschieden uns von lieben Kolleginnen und Kollegen, die ganz viel Engagement eingebracht haben und die unseren Ratsbetrieb geprägt haben mit prägnanten Voten, mit unterschiedlichsten Ideen, die Sie in Vorstösse gegossen haben, und auch mit ganz viel Charakter. Ich wünsche den Scheidenden von Herzen viel Spass und Muse und Freude mit der Zeit, die Sie gewinnen, freue mich auf zukünftige Begegnungen und danke Ihnen herzlich für Ihren Einsatz für unseren Kanton.

[Applaus]

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Claudio. Wir Parlamentarier möchten uns bei Dir ganz herzlichen bedanken. Du hast uns ein Jahr lang umsichtig geführt in Deiner ruhigen Art, mit Schalk und mit Nachsicht, wenn wir hier im Saal zu laut parliert haben, aber bald bist Du wieder einer von uns. Wir werden Dich wieder im Vorzimmer, im Kaffeli antreffen und können ohne Stress mit Dir Dinge unterschreiben lassen oder auch nicht. Du hast wieder Zeit für Sport, denn Du musst nicht von Apéro zu Apéro hetzen und kannst wieder für Deine Gesundheit schauen. Und weil wir ja wissen, dass Du ein begeisterter Tischtennis-Spieler bist oder wirst, haben wir gedacht, wir überreichen Dir dieses Utensil für diesen Sport. Und weil man ja Tischtennis nicht alleine spielen kann, haben wir Dir zwei Schläger bereit gemacht. Einer, wie im Sportclub, der ein bisschen grösser ist, und einer, der ein bisschen verwirrt, Du kannst schauen, welchen Du Deinem Gegner gibst, mit kleiner Unterstützung. Wir haben alles bereit und wenn Du heute Abend mit uns spielen möchtest, kannst Du den schon brauchen. Wir sagen herzlichen Dank und willkommen zurück bei uns. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ganz herzlichen Dank. Ich habe meine Dankesrede für Sie schon vorbereitet, aber ich werde sie erst beim Tischtennispiel heute am Schlussabend halten. Dafür ist die ein bisschen kürzer, die ich jetzt halte.

Sehr geehrter Herr Statthalter, lieber Balz

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, lieber Conradin

Verehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, lieber Stephan

Sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Werte Damen und Herren Gäste auf der Tribüne und zu Hause an den Bildschirmen

Ich bin voller Dankbarkeit. Der Grosse Rat, meine Fraktion, meine Familie, Freundinnen und Freunde, dieser Kanton, diese Region und ganz viele ihrer Menschen haben mir ein unvergessliches Jahr geschenkt in der speziellen Rolle als Grossratspräsident. Sie haben mir einzigartige Einblicke erlaubt, meinen Horizont erweitert. Sie haben mich beeindruckt. An unzähligen Anlässen und Orten, zu denen ich eingeladen war – oder mich bisweilen auch selber eingeladen habe.

Zum Beispiel im Wald oberhalb von Pfeffingen, wo täglich eine Gruppe von LIV Basel-Stadt mit Erwachsenen mit Autismus-Spektrum-Störung am Arbeiten ist. Egal, wie das Wetter ist, dort finden sie Halt. Oder bei der Polizei, bei der ich erleben konnte, wie kreativ und gekonnt im Einsatz Sprachbarrieren überwunden werden, um nur ein besonders eindrückliches Beispiel zu nennen. Und beispielsweise an der Industrienacht, wo ich die Innovationsfähigkeit und die Leistungskraft von regionalen Unternehmen bewundern durfte.

Ich habe an diesen und noch an vielen, vielen Orten und Anlässen mehr unglaublich viele engagierte Menschen getroffen, die sich auf unterschiedlichste Weise einsetzen – für gute Entwicklungen, für unsere Gemeinschaft. Die voll motiviert sind, ihre Sache gut zu machen. Die an eine Verständigung und ein gutes Zusammenleben glauben. Die erkennen, wo Probleme liegen und sie angehen möchten. Die da sind für ihr Umfeld und andere.



All diese Begegnungen haben mein Herz gefüllt und geben mir unglaublich viel Zuversicht. Denn dieses Engagement ist sehr wichtig für unser Zusammenleben. Es ist auch die allerbeste Grundlage für die Pflege unserer demokratischen Prozesse und Institutionen.

So glücklich und beschwingt mich diese Erlebnisse machen – so erschütternd traurig ist das Erwachen, wenn ich die schrecklichen Nachrichten aus der ganzen Welt lese – auch diese Woche wieder. Was werden diese selbstherrlichen Männer, diese unberechenbaren Extremisten in den USA, Russland und in vielen Ländern mehr noch alles anstellen?

Und wie kann es sein, dass mein Grossratspräsidententraum einer engagierten Gesellschaft und die politische Realität in vielen Ländern so weit auseinanderklaffen? Wenn ich etwas nüchterner auf die vielen bereichernden Begegnungen in meinem Präsidiumsjahr zurückblicke, wird mir deutlich, dass ich auch viele schwierige oder traurige Realitäten erlebt habe.

Zum Beispiel in Gesprächen mit Baslerinnen und Baslern, die nicht mehr schlafen können aus Angst um ihre Familienmitglieder in der Ukraine oder in Israel und Gaza. Oder an einem Anlass zum Thema Suizid, an dem Angehörige Gelegenheit gefunden haben, zu erzählen. Das war wunderschön, hat mir aber auch sehr deutlich gemacht, wie Menschen bei uns unter Tabus leiden. Und beispielsweise im Gespräch mit einer 100jährigen Jubilarin, die hellwach und sehr schlagfertig war, aber auch schonungslos aussprach, wie einsam sie ist und wie sehr sie darunter leidet, dass ihre Schmerzen und ihre Betreuungssituation nicht mal mehr einen Spaziergang im Garten erlauben.

Auch bei diesen Begegnungen habe ich Menschen getroffen, die mich beeindruckt haben. Auch hier habe ich viel guten Willen und viel Unterstützung von Institutionen und Gesellschaft erlebt. Und trotzdem war und ist es so, dass diese Anstrengungen nicht reichen, das Leiden und die Trauer richtig aufzufangen.

Es gibt bei uns Armut – viel häufiger als man annimmt – Ungerechtigkeit und Verzweiflung. Wir sind gefordert, diesen Realitäten zu begegnen und bessere Grundlagen zu schaffen dafür, dass die Menschen Hoffnung schöpfen können.

Hoffnung, Solidarität und Verständigung sind die Grundlagen für unser friedliches Zusammenleben. So entziehen wir Missgunst, Wut und übler Desinformation die Grundlagen. Und sind bereit, unseren Beitrag zu leisten bei jenen Herausforderungen, die viel zu drängend sind, um sie weiter aufzuschieben.

Ich beziehe mich da auf den Klimanotstand, der existentielle Fragen aufwirft und Aufgaben stellt, denen wir auf dem Planeten aktuell noch weniger gewachsen sind als bisher schon. Bemühen wir uns umso mehr, im privilegierten Kanton Basel-Stadt unseren Beitrag für eine bessere Welt zu leisten.

Liebe Engagierte, denen ich in diesem Jahr habe begegnen dürfen, Danke allen für die Hoffnung und Zuversicht, die Ihr begründet. Danke für Euer Engagement.

Es war mir eine unglaubliche Ehre und ein riesiges Privileg, noch bis am 31. Januar Ihr Grossratspräsident zu sein. Hiermit schliesse ich das vierte Amtsjahr, und damit auch die 44. Legislatur.

Schluss der 51. Sitzung

17:37 Uhr